

**TÜBINGER
ARBEITSPAPIERE
ZUR
INTERNATIONALEN
POLITIK UND
FRIEDENSFORSCHUNG**

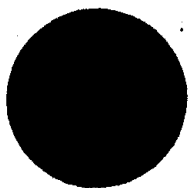


Nr. 10

Frank Schimmelfennig

**Interventionistische Friedenspolitik
in den West-Ost-Beziehungen**

Annäherung an eine Strategie zur Förderung von
Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen
in Osteuropa



TÜBINGEN
Institut für
Friedensforschung

K
VIIa
3870a

GRUPPE FRIEDENSFORSCHUNG

**ARBEITSGRUPPE
FRIEDENSFORSCHUNG**

**INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
UNIVERSITÄT TÜBINGEN
MELANCHTHONSTRASSE 36
D 7400 TÜBINGEN 1
TEL. 0 70 71/29 64 63**



copyright

Schimmelfennig

Tübingen 1989

ISBN 3-927604-02-X

INHALT

	Seite
Einleitung	1
<u>Teil 1: WARUM INTERVENTIONISTISCHE FRIEDENSPOLITIK?</u>	
1. Die internen Bedingungen des Friedens	4
2. Bürokratische Herrschaft und Gewalt: inneninduzierte Friedlosigkeit in sozialistischen Systemen	11
3. Friedensunfähigkeit des Sozialismus? Kriegsgefahren und Spannungshemmnisse	18
<u>Teil 2: WIE INTERVENIEREN?</u>	
4. Grenzen und Erfordernisse friedlicher Intervention	22
5. Ansatzpunkte und Ziele interventionistischer Friedenspolitik in Osteuropa: Widersprüche, Konflikte und Krisen	23
6. Strategien der interventionistischen Friedenspolitik	32
Ausblick	41
Literatur	42

Einleitung

Die Politik des Westens gegenüber Osteuropa¹ scheint traditionell von einem grundlegenden Dilemma durchzogen zu sein: Ist sie um Stabilität und Ausgleich in Europa, um möglichst weitgehende sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten bemüht, trägt sie sich den Vorwurf einer antidemokratischen "Heiligen Allianz" ein, der Akzeptanz von Unterdrückung um des lieben Friedens willen. Macht sie hingegen die Demokratisierung Osteuropas, die aktive Unterstützung der demokratischen Opposition zu ihrem wichtigsten Anliegen, wird sie des "antikommunistischen Kreuzzugs" verdächtig, der Gefährdung von Frieden und Entspannung um ideologischer Ziele willen.

Der sozialdemokratisch geprägten Ost- und Entspannungspolitik der siebziger Jahre lag das Konzept des "Wandels durch Annäherung" zugrunde, das Egon Bahr schon 1963 formuliert hatte: Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West - also die Anerkennung des europäischen *status quo*, der Abbau militärischer Bedrohung, die Abschwächung der ideologischen Auseinandersetzung und nutzbringende Austauschbeziehungen - würden das Sicherheitsgefühl der sozialistischen Führungen und die Stabilität ihrer Regime erhöhen und ihnen daher eine fortschreitende innere Liberalisierung sowie eine zunehmend größere Autonomie innerhalb des östlichen Bündnisses erlauben.

Als am 13. Dezember 1981 in Polen der Ausnahmezustand verkündet und mit der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarität* das offensichtlichste Indiz des Wandels in Osteuropa unterdrückt wurde, lag jedoch das Verdikt nahe, es habe sich vielmehr um eine "Annäherung ohne Wandel" gehandelt. Bedenkt man außerdem, daß die DDR, obwohl sie von der Anerkennung des *status quo* und der nachlassenden militärischen Bedrohung besonders begünstigt wurde und auch im Ost-West-Handel die besten Konditionen genoß, statt mit Liberalisierung sehr bald mit der "Abgrenzungspolitik" reagierte, verstärkt sich der Eindruck, daß die Gleichung von "Annäherung" und "Wandel" nicht ohne weiteres aufgeht. Gleich von zwei Seiten, von "rechts" und von "links", kamen die Entspannungspolitiker in den Ruf, undemokratische und marode Systeme durch materielle Unterstützung zu stabilisieren, deren Rüstungspolitik indirekt mitzufinanzieren und überhaupt Veränderungen des innenpolitischen *status quo* in Osteuropa ebenso zu fürchten wie ihre sozialistischen Gegenüber.

Die "rechte" Kritik ist eng mit der ersten Amtszeit des US-Präsidenten *Ronald Reagan* verbunden. Die in seinem Umfeld formulierte Alternative greift jedoch auf die "Befreiungspolitik" des "Kalten Krieges" zurück: Die Legitimität der europäischen Nachkriegsordnung ("Jalta") sollte aktiv in Frage gestellt, der sowjetische Machtbereich durch die materielle und propagandistische Unterstützung antikommunistischer Kräfte destabilisiert werden. Vor allem würde die konsequente Verweigerung westlichen Handels und Technologietransfers bei gleichzeitiger Forcierung des Rüstungswettlaufs die sozialistischen Volkswirtschaften an den

¹ "Osteuropa" steht hier der Einfachheit halber für die (engere) "sozialistische Staatengemeinschaft", also neben der Sowjetunion für die DDR, die CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Rand ihrer Leistungsfähigkeit bringen und vor die Wahl stellen, sich demokratisch und marktwirtschaftlich zu reformieren oder zusammenzubrechen.

Die "linke" Kritik und Alternative wurde von Teilen der westeuropäischen Friedensbewegung unter dem Schlagwort der "**Entspannungspolitik von unten**" formuliert. Ihr Ausweg bestand darin, in Zusammenarbeit mit der östlichen demokratischen und pazifistischen Opposition Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, bis sich die Supermächte aus Europa zurückzögen und die Blöcke aufgelöst werden könnten. Damit wäre nicht nur die Gefahr der nuklearen Vernichtung gebannt, sondern auch die Autonomie der osteuropäischen Staaten gesichert.

Schon ein erster Blick auf die Alternativkonzepte weckt jedoch erhebliche Zweifel an ihrer praktischen Durchsetzbarkeit. Überschätzt die "Entspannungspolitik von unten" den Einfluß von Basisbewegungen auf die Außenpolitik in Ost und West, so läßt sich das gleiche vom Vertrauen der "Befreiungspolitik" in westliche Pressions- und Sanktionsmaßnahmen sagen. Sie fällt außerdem in das eingangs genannte Dilemma zurück, indem sie mit den demokratischen Defiziten der Entspannungspolitik auch deren friedenspolitische Erfolge austreibt.

Angesichts des Wandels, der sich gegenwärtig in einigen sozialistischen Staaten vollzieht, treten neue Fragen hinzu: Soll der Westen *Gorbačev* (und Polen und Ungarn) unterstützen und, wenn ja, wie? Oder soll er die innere Schwäche der sozialistischen Staaten für eine Pressionspolitik nutzen? Und wie soll er sich gegenüber den Staaten verhalten, die sich der Umgestaltung bisher widersetzen?

Die tiefgreifenden gegenwärtigen Veränderungen in Osteuropa lassen es ebenso vielversprechend wie geboten erscheinen, eine Politik zu entwerfen, die eine Demokratisierung Osteuropas begünstigt, ohne Frieden und Entspannung zu gefährden. Zu einer solchen Politik, die ich "**interventionistische Friedenspolitik**" (im folgenden: IVFP) nenne, möchte ich in diesem Arbeitspapier einige theoretische, normative und strategische Überlegungen anstellen.² Im ersten Teil des Papiers ("Warum IVFP?") versuche ich, die IVFP durch den Hinweis auf allgemeine innerstaatliche Bedingungen des zwischenstaatlichen (Un-)Friedens zu begründen, um anschließend zu prüfen, ob und inwieweit diese Bedingungen in den gegenwärtigen sozialistischen Systemen Osteuropas gegeben sind und ob damit eine IVFP des Westens gerechtfertigt ist. Im

² Dieses Arbeitspapier faßt die wichtigsten Ergebnisse und Thesen meiner Magisterarbeit von 1988 zusammen. In der Bundesrepublik hat sich bisher vor allem Ernst-Otto Czempel über längere Zeit mit den herrschaftlichen Grundlagen des Friedens, den sich daraus ergebenden Friedensstrategien in den Ost-West-Beziehungen und dem Interventionsproblem beschäftigt (vgl. 1972, 81 ff. bis neuerdings 1987). Eine Konkretisierung seiner vor allem theoretischen und normativen Ansätze zu einer Strategie der IVFP ist allerdings auch er bisher schuldig geblieben. Dafür lassen andere Arbeiten die normativ-theoretische Reflexion vermissen: Lange war die historische Arbeit von Kovrig 1973 zur Osteuropa-Politik der USA die einzige übergreifende Darstellung; von einem wachsenden Interesse zeugen allerdings die systematische Strategieanalyse zur US-Politik von Garrett 1986, die ländervergleichende Analyse von Gordon u.a. 1987 und das von Vine 1987 herausgegebene Sammelwerk. Royen 1986 und 1988 verbindet die Analyse von Reform- und Wandlungsprozessen in Osteuropa mit Empfehlungen für die westliche Politik. Und zum Zusammenhang zwischen "neuer Entspannung" und innerstaatlicher Demokratisierung vgl. neuerdings Kaldor/Holden/Falk 1989.

zweiten Teil ("Wie intervenieren?") nenne ich zunächst normative Erfordernisse einer friedlichen Intervention. Die Untersuchung von Widersprüchen, Konflikten, Krisen und Veränderungsprozessen in Osteuropa erlaubt es dann, Ansatzpunkte und allgemeine Ziele westlicher IVFP zu formulieren. Abschließend biete ich eine nach Strategiemodi und -instrumenten differenzierte Typologie denkbarer Interventionsstrategien und einige vorläufige Anhaltspunkte zur Einschätzung ihrer Wirksamkeit an, die die Strukturen im Politikfeld "Herrschaft" der Ost-West-Beziehungen nahelegen. Die Durchsetzbarkeit und Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Strategien kann jedoch nur nach einer empirischen Analyse der bisherigen westlichen Interventionspolitik beurteilt werden, für die hier einige Grundlagen gelegt werden sollen.

TEIL 1: WARUM INTERVENTIONISTISCHE FRIEDENSPOLITIK?

1. Die internen Bedingungen des Friedens

Da jede kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ost und West die Möglichkeit des massenhaften Einsatzes von Atomwaffen und damit des "Omnizids" (*Galtung*) beinhaltet, der Selbsterhalt als Gattung aber als sowohl konsensfähiges wie auch absolut verpflichtendes Ziel der Politik gelten kann, ergibt sich als **objektive Norm einer Friedenspolitik in den Ost-West-Beziehungen**, alles zu tun, was die Abwesenheit von Gewalt dauerhaft sichert, also einen permanenten Verzicht beider Seiten, militärische Gewalt gegeneinander anzuwenden, institutionalisiert.³

Obwohl der Frieden im hier definierten Sinn ein Prozeß im internationalen System ist, greift Friedenspolitik zu kurz, wenn sie lediglich auf dieser Ebene ansetzt und innerstaatliche Bedingungen vernachlässigt. Da die **Kriegsursachenforschung** sich weiterhin in einer Suchphase befindet, in der eine Vielzahl von Erklärungsversuchen nebeneinander besteht, muß Friedenspolitik, will sie nicht von vornherein auf eine analytische Begründung verzichten, der Komplexität der vermuteten Kriegsursachen und Friedensbedingungen Rechnung tragen und versuchen, möglichst viele potentielle Kriegsursachen ebenenübergreifend und schlüssig zu berücksichtigen.

Augenscheinlich besteht unter allen bedeutenderen Erklärungsansätzen für die Entstehung von Aufrüstung und Krieg, die von einer Wechselwirkung der Ebenen internationales System, Staat und Gesellschaft ausgehen, eine grundlegende Übereinstimmung. Sie läßt sich in allgemeiner Form in die **Hypothese des Zusammenhangs von interner und externer Gewalt** kleiden.⁴ **Interne Gewalt** bezeichnet eine gesellschaftlich nicht legitimierte, demnach erzwungene und ungerechte Verfügung über und Verteilung von materiellen und immateriellen Werten durch den Staat und die dominanten gesellschaftlichen Interessengruppen. **Externe Gewalt** meint hingegen die Androhung oder den Einsatz kriegerischer und anderer Zwangsmittel im internationalen System oder eine ungerechte zwischenstaatliche Werteverteilung. Die Hypothese besagt nun, daß ein wechselseitiges positives Bedingungsverhältnis zwischen interner und externer Gewalt besteht, dessen Dreh- und Angelpunkt in illegitimer, ungerechter und monopolisierter Herrschaft zu sehen ist.

Von den internen Bedingungen her ergeben sich daraus folgende Zusammenhänge: Je ungerechter und stärker monopolisiert die Herrschaft innerhalb eines Staates ist, desto höher ist seine Disposition, auch in seinen Außenbeziehungen Gewalt anzuwenden. Je mehr sich hingegen die Herrschaft durch Legitimität, Gerechtigkeit und Partizipation auszeichnet, desto eher wird der Staat sich auch nach außen gewaltsamer Mittel enthalten. Von den Bedingungen des internationalen Systems her gesehen, gilt jedoch genauso: Je größer die Unsicherheit im internationalen System ist, desto weiter steigt die innerstaatliche Tendenz zu Herrschaftskon-

³ Vgl. den Friedensbegriff bei Czempiel 1972, 25 f.

⁴ Czempiel 1981, 213-240, dessen Überlegungen hier weitgehend übernommen werden, macht diesen Zusammenhang an den Begriffen "Herrschaft" und "Macht" fest. Gewalt kann hier im Sinne *Galtungs* personal und strukturell sein.

zentration, Unterdrückung und Ausbeutung. Je weniger hingegen das internationale System von Gewaltbeziehungen geprägt ist, desto geringer ist auch die Disposition der Staaten zu interner Gewalt.⁵

Zur Begründung der IVFP interessiert nun vorrangig die **inneninduzierte Friedlosigkeit**, die Erzeugung von Bedrohung im internationalen System durch interne Gewalt. Die zahlreichen Erklärungsansätze für die inneninduzierte Friedlosigkeit lassen sich zu einer Reihe von Grundhypothesen zusammenfassen.⁶

a) **staatliches Außenpolitikmonopol**: Der Frieden ist gefährdet, wenn die Bürger von der Kontrolle der Außenpolitik oder gar der Partizipation an ihr weitgehend ausgeschlossen sind.

b) **Instrumentalisierung des Staates durch Eliteninteressen**: Die dominanten gesellschaftlichen Interessengruppen nehmen durch ihre Macht oder ihre Identität mit der politischen Elite die Gewaltmittel des Staates zur Durchsetzung ihrer expansiven außenpolitischen oder außenwirtschaftlichen Interessen in Anspruch (Imperialismus).

c) **militaristische Interessenverflechtungen**: Mittels seiner weitreichenden Interessen- und Machtvernetzung, aber auch durch überzogene Bedrohungsanalysen und den Aufbau von Feindbildern kann sich der Rüstungskomplex Ressourcen sichern und ein überdimensioniertes Militärpotential aufbauen, das im internationalen System zusätzliche Spannungen erzeugt. Es kommt zu einer "autistischen" (*Senghaas*) Rüstungsdynamik.

d) **spiegelbildliches Herrschaftsverhalten**: Ein Staat, dessen Beziehungen zur Gesellschaft vor allem auf Gewalt beruhen, neigt auch in seinen Außenbeziehungen zur Gewaltanwendung. Gewalt ist Bestandteil der "Herrschaftskultur", kontextunabhängige Routine.

e) **gewaltsame Außenableitung innerer Konflikte**: Die Unterdrückung und Ausbeutung breiter gesellschaftlicher Gruppen erzeugt Frustrationen und eine latente Aggressivität gegen den Staat und die ihn tragenden Eliten. Um die Gefahr von Systemkrisen abzuwenden, lenken die herrschenden Eliten die Aggression nach außen ab. Die Konzentration auf einen gemeinsamen Gegner erhöht die Konformität und die Integration der Gesellschaft (z.B. Substitutions-Theorie, Sozialimperialismus).

f) **Ausschaltung unerwünschter äußerer Einflüsse**: Unterlaufen Informationen und emanzipatorische Ideen aus dem Ausland die unterdrückte Öffentlichkeit und erweitern transnationale

⁵ In dieser Allgemeinheit läßt sich die Hypothese kaum wissenschaftlich belegen: Es handelt sich um ein zirkuläres Kausalverhältnis, in dem Gerechtigkeit, Partizipation und Sicherheit zugleich abhängige und unabhängige und zudem inhaltlich extrem unscharfe Variablen sind. Außerdem klaffen gerade bei der Erforschung der internen Kriegsursachen die deutlichsten Lücken. Allerdings kann die Hypothese an zahlreichen historischen Beispielen illustriert werden, auf eine lange ideengeschichtliche Tradition (von Machiavelli bis Kant), eine breite Verankerung in den Sozialwissenschaften (von der Aggressionstheorie über die Vorurteilsforschung und die Elitentheorie bis zur Militarismus- und Imperialismustheorie) und einen überideologischen Konsens (zumindest von liberaler und sozialistischer Theorie) verweisen und beanspruchen, theoretisch plausibel zu sein.

⁶ Für einen Überblick vgl. Czempel 1986, 110 ff., Gantzel 1972, 67 ff. und Mendler/Schwegler-Rohmeis 1988, 234 ff. Dort finden sich auch im wesentlichen die unten aufgeführten Gegenpositionen für die innerstaatlichen Strukturen des Friedens.

Verflechtungen die beschränkte gesellschaftliche Autonomie, wird der unterdrückende Staat sich stärker isolieren, eine mit Drohungen gemischte aktive Abgrenzungspolitik betreiben oder aber mit Gewalt gegen die Urheber der "Subversion" vorgehen.

g) **Aggressionsförderung durch autoritäre Strukturen:** In hierarchischen Institutionen, die auf Befehl und Gehorsam aufbauen und das Individuum anonymisieren, trifft die Aufforderung zur Aggression nach außen leicht auf positive Resonanz, weil die Verantwortung auf die Befehlsautoritäten abgewälzt werden kann. Wo aggressives Verhalten der Normalfall ist, wird es außerdem durch Lernprozesse ständig weitervermittelt.

h) **militarisierte politische Kultur:** Wo die gesellschaftlichen Einstellungen von Feindbildern, ausgeprägtem Nationalismus und militärischen Wertvorstellungen gekennzeichnet sind, findet eine gewaltsame Außenpolitik leicht Zustimmung oder wird sogar von Teilen der Gesellschaft ausdrücklich gefordert.

Zusammenfassend läßt sich folgern, daß die Disposition eines Staates zu gewaltsamem Außenverhalten und Aufrüstung umso höher ist und in Verbindung mit verstärkenden Randbedingungen wie einem hohen Machtpotential umso wahrscheinlicher wirksam wird, je stärker die Außenpolitik herrschaftlich monopolisiert und durch expansive ökonomische und militaristische Interessen instrumentalisiert ist, je autoritärer und hierarchischer die Gesellschaft organisiert ist, je weniger die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden, je höher die gewaltsam aufrechterhaltene Ungerechtigkeit und Unfreiheit ist und je breiter fremdenfeindliche, nationalistisch-chauvinistische und militaristische Normen und Verhaltensweisen akzeptiert sind. Selbst wenn die Merkmale der inneninduzierten Friedlosigkeit keine direkte kriegstreiberische Wirkung entfalten, stellen sie immer noch ernstzunehmende Hindernisse auf dem Weg der fortschreitenden Institutionalisierung des Friedens dar.

Wer interne und externe Gewalt mindern will, muß entsprechend der Hypothese des Zusammenhangs von externer und interner Gewalt illegitime, ungerechte und monopolisierte Herrschaft sowie Militarismus abbauen. Friedenspolitik im innerstaatlichen Kontext ist also **Demokratisierungs- und Entmilitarisierungspolitik**. Offen bleibt allerdings, wie weit sie reichen muß, um die Schwelle zum gesicherten Gewaltverzicht zu überschreiten.

Die Kriegsursachenforschung hat zum einen gezeigt, daß die **liberaldemokratischen Staaten**, obwohl sie sich durch vergleichsweise geringe interne Gewalt auszeichnen, im allgemeinen und über längere Zeiträume hinweg betrachtet nicht friedfertiger sind als Nicht-Demokratien.⁷ Daß damit die Hypothese des Zusammenhangs von interner und externer Gewalt schon widerlegt sei, wäre jedoch ein voreiliger Schluß, weil auch die liberalen Demokratien noch wesentliche Elemente der organisierten Friedlosigkeit in sich tragen (mangelnde demokratische Kontrolle und Partizipation in der Außen- und Sicherheitspolitik, Instrumentalisierung der Außenpolitik durch mächtige Wirtschafts- und Militärinteressen, soziale Ungerechtigkeit, hierarchische und anonymisierende Strukturen, Empfänglichkeit für Feindbilder u.a.m.), weil die bisherigen

⁷ Vgl. die Schilderung des Diskussionsverlaufs bei Mandler/Schwegler-Rohmeis 1988, 234 ff.

empirischen Studien nur wenige der genannten Merkmale der inneninduzierten Friedlosigkeit berücksichtigt haben⁸ und weil schließlich auch noch so friedensfördernde innerstaatliche Bedingungen gewalterzeugende internationale Verhältnisse nicht neutralisieren können.

Zum anderen hat die Kriegsursachenforschung jedoch ebenso klar ergeben, daß **liberale Demokratien untereinander** weder Kriege führen noch damit drohen.⁹ Durch den Verweis auf die allgemeine systemische Homogenität (andere homogene Staaten führen untereinander sehr wohl Kriege) oder die gemeinsame kapitalistische Wirtschaft (vgl. die beiden Weltkriege) allein läßt sich dies nicht begründen. Zur Garantie des Friedens muß die bürgerliche Gesellschaft auch demokratisch verfaßt sein. Zu vermuten ist, daß nicht nur die relative Autonomie der bürgerlichen Gesellschaften so vielfältige Austauschprozesse zuläßt, daß langfristige wechselseitige Interessen geschaffen und dauerhafte Kooperationserfahrungen gemacht werden, sondern daß sich auch die öffentliche Meinung in Demokratien nicht für einen Krieg gegen andere Demokratien mobilisieren läßt. In den Beziehungen zwischen ihnen wird das Sicherheitsdilemma von gegenseitigem Vertrauen überwölbt, aus der Gewalterwartung wird eine Kooperationserwartung, die auch im Konfliktfall mäßigend auf einen Kompromiß hinwirkt.

Da allerdings nicht auszuschließen ist, daß es neben der gegenwärtigen liberalen Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung auch andere friedensfähige Herrschaftssysteme geben kann, darf daraus weder gefolgert werden, daß sich die übrigen Staaten der Welt unter dem Imperativ des Friedens dem westlichen System anzupassen hätten, noch daß die westlichen Staaten auf demokratische und antimilitaristische Reformen verzichten könnten. Die hierzu diskutierten Hypothesen und Politikvorschläge ergeben sich zumeist aus der Umkehrung der Friedensgefährdungen:

- a) **Symmetrie der Herrschaftsmethoden:** Ein Staat, der im Innern rechtsstaatlich organisiert ist und konsensuale, gewaltfreie Methoden anwendet, wird auch nach außen zu überzeugen suchen, Kompromisse schließen und sich dem Völkerrecht unterwerfen.
- b) **kein Anreiz zu externer Gewalt:** Gesellschaften, in denen eine ausreichende Bedürfnisbefriedigung mit einer akzeptierten Werteverteilung verbunden ist, haben keinen Anreiz, sich in einen kostspieligen und riskanten Krieg zu stürzen. In ihnen besteht auch keine herrschaftliche Notwendigkeit, Aggressionen nach außen abzuleiten und durch Krieg Unterstützung zu mobilisieren. Ein stabiles, reform- und anpassungsfähiges Staatswesen ist schließlich durch äußere Einflüsse nicht in seinem Bestand gefährdet.
- c) **Demokratisierung der Außenpolitik:** Dem Außenpolitikmonopol sind eine effektive Kontrolle durch Gewaltenteilung und Öffentlichkeit, weitreichende Mitwirkungschancen und transnationale

⁸ Unabhängige Variablen waren vor allem Presse- und Oppositionsfreiheit, Mehrparteiensysteme und demokratisch gewählte Parlamente. Diese zeigen zwar in der Tat einen allgemeinen Gewaltabbau an, aber offensichtlich nicht schon in den sicherheitspolitisch sensiblen Bereichen.

⁹ Vgl. zum folgenden Doyle 1983 und Rittberger 1987 sowie die jüngste Bestätigung durch Maoz/Abdolali 1989.

Verflechtungen mit dem Ziel der Entropie¹⁰ entgegenzusetzen. Da ökonomische und militärische Interessen oft bis weit in das Entscheidungssystem hineinreichen, sollte sich die Demokratisierung nicht auf die reaktive Elitenkontrolle beschränken, sondern bürokratische wie privatwirtschaftliche Machtballungen erst gar nicht aufkommen lassen (z.B. Dezentralisierung von Bürokratien und marktbeherrschenden Konzernen, Vergesellschaftung oder Vergenossenschaftlichung, Entprofessionalisierung des Militärs in Form eines Milizsystems oder der Sozialen Verteidigung).

d) **Entmilitarisierung der Politikinhalte:** Da die massenhafte Verstetigung von Vorurteilen und Stereotypen zu geschlossenen, schwer revidierbaren Bildern und zu gesellschaftlich anerkannten und tradierten Feindprojektionen langfristig nur überwunden werden kann, indem sie ihre soziale Funktion (v.a. Legitimation von Eliteninteressen und Ableitung sozialer Spannungen) verlieren, decken sich die Ziele von Demokratisierung und "Entfeindung".¹¹ An ihre Stelle müssen **Empathie und Toleranz** im Innern wie gegenüber anderen Gesellschaften treten, die innergesellschaftlich beispielsweise durch Friedenserziehung, zwischengesellschaftlich durch möglichst intensive Kontakte und Kommunikation gefördert werden können.¹² Empathie und Toleranz sind auch Teil einer umfassenderen **Friedenskultur:** Um den Frieden innergesellschaftlich zu verankern, müssen Bildungs- und Kulturinstitutionen gewaltverherrlichende und militärische Normen und Verhaltensweisen diskreditieren und stattdessen gewaltfreies Konfliktverhalten und friedensfördernde Einstellungen verbreiten.

Zusammenfassend läßt sich folgern, daß ein Staat wahrscheinlich umso mehr zu gewaltfreiem Außenverhalten neigt, je mehr die Außenpolitik öffentlich, gewaltenteilig und partizipatorisch organisiert ist, je stärker staatliche und gesellschaftliche Großorganisationen demokratisch kontrolliert und dezentralisiert werden, je besser die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden, je autonomer die Gesellschaft agieren kann, je gerechter Macht und Wohlfahrt verteilt und je mehr Empathie und Toleranz sowie gewaltfreie Verhaltensnormen verbreitet sind. Eine selektive Verwirklichung dieser Punkte (etwa eine Demokratisierung ohne Entmilitarisierung) institutionalisiert den Frieden noch nicht. Da eine Gewichtung der friedensfördernden Prozesse beim gegenwärtigen Kenntnisstand recht willkürlich sein müßte, sollten Veränderungen möglichst in allen Bereichen gleichzeitig ansetzen.

Eine **Gesamtpolitik des Friedens** muß sich der Komplexität der Kriegsgefahren und Friedensbedingungen stellen, sich also sowohl gewaltverhindernd auf die Organisation des internationalen Systems als auch gewaltvermindernd auf die der einzelnen Staaten und Gesellschaften beziehen. Die Bereiche der Friedenspolitik, die sich notwendig aus dem Zusammenhang von externer und interner Gewalt ergeben, veranschaulicht Abb. 1.¹³

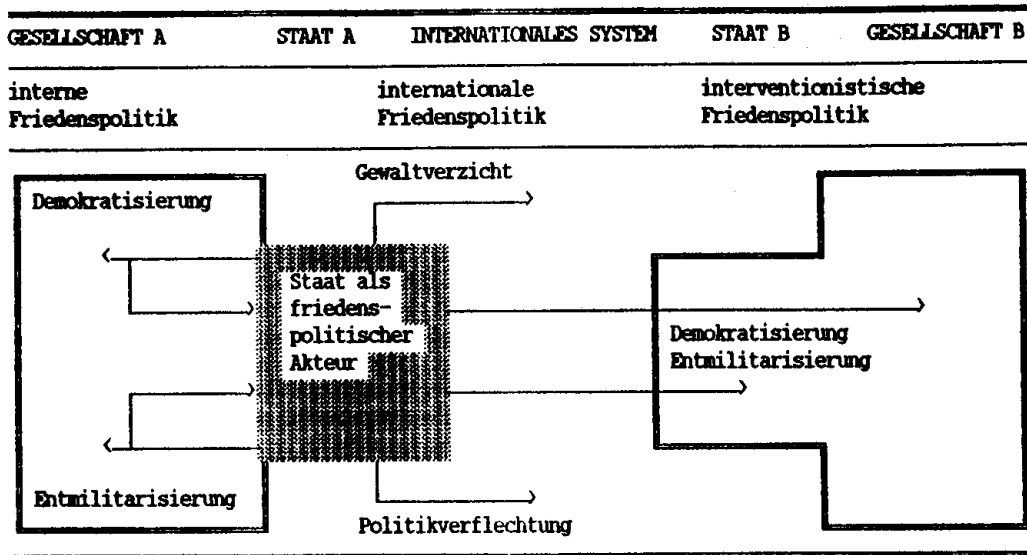
¹⁰ Galtung 1982, 74: ein möglichst dichtes und von den Regierungen unabhängiges Interaktionsnetz zwischen möglichst vielen Gruppen auf allen Ebenen der beteiligten Gesellschaften.

¹¹ Vgl. Schmidhäuser 1987, 360 ff.

¹² Vgl. u.a. Rittberger/Werbik 1987, 16 ff. und Ropers 1986, 176 f.

¹³ Vgl. u.a. Czempiel 1986, 56 f. Als friedenspolitischer Akteur wird hier der Staat als nach wie vor wichtigster Akteur der internationalen Politik vorausgesetzt. Genausogut sind aber gesellschaftliche Akteure als Träger von Friedenspolitik innerhalb des Staates und zwischen

Abbildung 1: Die drei Bereiche der Friedenspolitik



Internationale Friedenspolitik ist darauf gerichtet, die Struktur des internationalen Systems so zu verändern, daß der Gewaltverzicht institutionalisiert wird. Dies kann jedoch nur Bestand haben, wenn aus den Staaten selbst keine Gewaltimpulse in das internationale System gelangen, sondern die innerstaatlichen Verhältnisse kooperativer Konfliktbearbeitung förderlich sind.

Dem trägt die **interne Friedenspolitik** Rechnung. Durch Demokratisierung und Entmilitarisierung von Staat und Gesellschaft reduziert sie Herrschaft und interne Gewalt und kann so sowohl einer Bedrohung schaffenden Expansions- und Rüstungspolitik vorbeugen als auch kooperationshemmende Strukturen abbauen.

Um aber einen dauerhaft abgesicherten Frieden zu gewährleisten, ist es notwendig, daß sämtliche Staaten des internationalen Systems intern so organisiert sind, daß sie permanent auf externe Gewalt verzichten und auf eine Vertiefung des Friedensprozesses hinwirken. Interne Friedenspolitik läßt sich schlecht durchsetzen, solange eine externe Bedrohung glaubhaft gemacht werden kann, die die herrschaftliche Mobilisierung und Militarisierung der Gesellschaft rechtfertigt. Sie wäre auch zu riskant, weil ein weitgehend entwaffneter Staat zu militärischen Erpressungsversuchen einladen könnte. Daher müssen die internationale und die interne Friedenspolitik um die **interventionistische Friedenspolitik** ergänzt werden.¹⁴ Sie richtet sich auf die internen Strukturen und Prozesse des außenpolitischen Interaktionspartners und will Gewalt und Friedensgefährdungen dort im selben Maße reduziert sehen wie im eigenen System, um zu einer parallelen Institutionalisierung des Friedens zu gelangen. Sie sucht Demokratisierungs- und Entmilitarisie-

den Staaten denkbar. Mit zunehmender Demokratisierung der Außenpolitik spielen sie eine wachsende Rolle.

¹⁴ Vgl. Czempiel 1972, 83; 1981, 237; 1986, 127 ff. u. 140 f.

rungsprozesse in anderen Staaten zu veranlassen oder zu fördern und wirkt damit als Ersatz oder als Unterstützung interner Friedensstrategien der Interaktionspartner.

Als Teilpolitik darf die IVFP weder die anderen Bereiche der Friedenspolitik wesentlich behindern noch aber ihnen geopfert werden. Da anzunehmen ist, daß die Gesamtfriedenspolitik scheitert oder blockiert wird, sobald grobe **Ungleichgewichte** zwischen ihren Teilen auftreten, sollten alle Teilpolitiken gleichberechtigt und proportional verfolgt werden. Das heißt: Je weiter die Demokratisierung und Entmilitarisierung im eigenen System gedeiht, umso dringlicher werden parallele Prozesse bei den Interaktionspartnern, um Destabilisierung im internationalen System zu vermeiden. Aber auch: IVFP kann glaubwürdig nur betreiben, wer im eigenen System Gleiches zu tun bereit ist oder, besser noch, bereits Vorleistungen erbracht hat. Ähnliches gilt auf internationaler Ebene: Gewaltverzicht und dauerhafte Kooperation können nur vorangetrieben werden, wenn gleichzeitig innerstaatlich Herrschaft demokratisiert und entmilitarisiert wird. Internationale Friedenspolitik und IVFP stehen jedoch auch in einem **Spannungsverhältnis** zueinander: Der Konfliktgegner kann sich durch die Einflußnahme auf seine interne Politik bedroht fühlen und deswegen die Zusammenarbeit aufkündigen oder sogar gewaltsam reagieren. Eine Friedenspolitik, die sich sowohl der Kooperation als auch der Intervention verschreibt, erkennt den Konfliktgegner einerseits als Kooperationspartner an und untergräbt andererseits seine Herrschaftsstrukturen. Oder anders gewendet: Sie betreibt einerseits die Demokratisierung seines Systems, trägt aber andererseits durch die Zusammenarbeit zu dessen Stützung bei. Dieses Spannungsverhältnis läßt sich durch eine situationsgebundene Abwägung beider Teilpolitiken zwar mäßigen, nicht aber auflösen.

Da sich Entspannung und Frieden zwischen Ost und West und Demokratisierung und Entmilitarisierung in Ost und West modellgemäß gegenseitig bedingen, kommen für die **Ost-West-Beziehungen** nur Friedenskonzepte in Frage, die den innenpolitischen Systemwandel, und zwar auf beiden Seiten, einschließen. Das Konzept der "**Friedlichen Ko-Evolution**" von *Rittberger* und *Werbik* leistet dies in seiner Verbindung von "Gemeinsamer Sicherheit", "kompetitiver Kooperation" und "friedlichem innerem Wandel". Dem "friedlichen inneren Wandel" kann nun konkreter das inhaltliche Ziel einer parallelen demokratischen und antimilitaristischen Veränderung der liberaldemokratischen und sozialistischen Staaten zugewiesen werden. "Friedliche Ko-Evolution" bezeichnet dabei keine als "Konvergenz" getarnten objektiven prokapitalistischen oder prosozialistischen Harmonisierungsprozesse, sondern einen von beiden Seiten bewußt gesuchten, konstruktiven (d.h. auf wechselseitiges Lernen ausgerichteten) und friedlichen Systemwettbewerb in bezug auf die beste Verwirklichung der friedenspolitisch relevanten Systemmerkmale.¹⁵

¹⁵ Vgl. dazu schon Vilmars - in Auseinandersetzung mit der Konvergenzidee entwickeltes - Konzept einer "gesamteuropäischen Kommutation" (1975).

Unbeschadet der Reformbedürftigkeit *beider* gesellschaftspolitischer Systeme in Europa bestehen zwischen Ost und West - geht man einmal von dem Befund des interdemokratischen, aber nicht intersozialistischen Friedens aus - **Asymmetrien** hinsichtlich ihrer internen Friedensleistungen. Einer genaueren Bewertung müßte allerdings ein **friedenspolitischer Systemvergleich** zugrundeliegen, der die Herrschaftssysteme in Ost und West anhand der Merkmale der inneninduzierten Friedlosigkeit untersuchte. Deutlich liegt allein auf der Hand, daß die liberaldemokratischen Staaten sich durch einen geringeren Grad interner Repression, eine höhere gesellschaftliche Autonomie und eine demokratischere Herrschaftsorganisation auszeichnen und einen höheren, wenngleich auch ungleicher verteilten Wohlstand aufweisen als die sozialistischen Staaten. Hinsichtlich der innerstaatlichen Militarisierungerscheinungen ergibt sich hingegen keine *prima facie*-Überlegenheit der einen oder anderen Seite.

Damit erscheint eine **IVFP des Westens** zugunsten von Demokratisierung in Osteuropa gerechtfertigt, die jedoch gemeinsame Schritte - gerade bei der Entmilitarisierung - und Reformen zur Beseitigung der eigenen Mängel nicht überflüssig macht. IVFP ist auch keineswegs als Privileg des Westens zu betrachten. So interessant es beispielsweise wäre zu untersuchen, wie die sozialistischen Staaten zur Entmilitarisierung westlicher Gesellschaften beitragen könnten, so vordringlich erscheint es mir angesichts der im allgemeinen unterlegenen Performanz der sozialistischen Staaten bei den herrschaftlichen Grundlagen des Friedens, einen Diskussionsbeitrag zur Konzeption westlicher IVFP zu leisten. Dazu sollen nun zunächst die sozialistischen Systeme Osteuropas auf ihre internen Gewaltpotentiale und entspannungshemmenden Merkmale hin untersucht werden.

2. Bürokratische Herrschaft und Gewalt: Inneninduzierte Friedlosigkeit in sozialistischen Systemen

Über allgemeine Strukturen des Unfriedens in Osteuropa zu schreiben, wird zunehmend unmöglich: zu vieles befindet sich im Fluß, ohne daß ein Endpunkt oder die Dauerhaftigkeit der Veränderungen abzusehen wäre, zu sehr driften die sozialistischen Systeme auseinander. Die Analyse hier wird sich damit begnügen, die unterschiedlichen Ausprägungen **autoritärer Herrschaft** im Sozialismus sowjetischer Art zwei Typen zuzuordnen: dem Typ des "**konsultativen Autoritarismus**" die dem traditionellen nachstalinistischen Muster verhafteten Systeme der DDR, der CSSR, Bulgariens und - mit Abstrichen zum "quasi-totalitären" hin - Rumäniens und dem Typ des "**demokratisierenden Autoritarismus**" die reformistischen Systeme Polens, Ungarns und zunehmend auch der Sowjetunion.¹⁶ Im folgenden orientiere ich mich weitgehend an dem oben (S. 5 ff.) entwickelten Hypothesenkatalog interner Friedensgefährdungen und -bedingungen.

¹⁶ Vgl. die Typologie bei Skilling 1970, 222 ff. Die Beschreibung der Strukturen des konsultativen Typs orientiert sich an der Analyse des bürokratischen Sozialismus von Meyer 1977.

zum staatlichen Außenpolitikmonopol

Herrschaft ist im **konsultativen Autoritarismus** monopolistisch konzentriert und bürokratisch organisiert. Sie ist darauf angelegt, die Gesamtheit des öffentlichen Lebens zu durchdringen. Die Verfügungsgewalt über Institutionen und Organisationen, über Produktion und Verteilung materieller Werte, über Information und Kommunikation sowie über Zwangsmittel liegt bei einer Minderheit, der aus Parteikadern gebildeten bürokratischen Elite, die sich kooptativ rekrutiert. Wahlen dienen dabei weitgehend demokratischer Scheinlegitimation und der Mobilisierung der Bevölkerung. Vom **Entscheidungsprozeß** ist die Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen. Der Äußerung von Bedürfnissen, Meinungen und Interessen, der Bildung von Meinungs- und Interessengruppen und dem Konfliktaustrag zwischen ihnen sind enge herrschaftliche Grenzen gesetzt. Der politische Diskurs ist dogmatisiert, Öffentlichkeit besitzt einen rituellen Charakter.

Von einem **begrenzten Pluralismus** kann man lediglich im innerbürokratischen Entscheidungsprozeß sprechen. In ihn werden auch die wissenschaftlich-technischen Eliten einbezogen, doch bleibt die Dominanz des Parteiapparates gewährleistet. Auch dürfen sich die innerbürokratischen Gruppen weder organisatorisch verfestigen noch die grundsätzlichen Positionen der Führung in Frage stellen. Der bürokratische Entscheidungsprozeß ist weder transparent noch unterliegt er demokratischer Kontrolle. Schließlich wird die Pluralität der staatlichen Institutionen, die äußerlich den gewaltenteiligen Organen der liberalen Demokratien zu entsprechen scheint, durch den Zentralismus der Partei und des Kadersystems überformt.

Die **Partizipation** ist auf die lokalen politischen und betrieblichen Leitungsebenen und auf herrschaftskonforme Beratung beschränkt. Durch eine kontrollierte Interessenäußerung und Kritik erhofft sich die Bürokratie eine Effektivierung, gestattet jedoch nicht eine Einschränkung ihrer Herrschaft. Die Hauptfunktion der Partizipation besteht allerdings in der Mobilisierung, Integration und Kontrolle der Gesellschaft in bürokratisch gesteuerten Massenorganisationen.

Im **demokratisierenden Autoritarismus** sind hingegen zahlreiche Einschränkungen des Herrschaftsmonopols der Bürokratie zu beobachten. Die **Wahlrechtsreformen** in der Sowjetunion und in Polen sind zwar so konstruiert worden, daß der Kommunistischen Partei in jedem Fall eine Mehrheit verbleiben sollte, überlassen aber einen Teil der Sitze (und in Polen mit dem Senat eine zusätzliche Kammer) der freien Wahl. Stärkte dieser Modus in der Sowjetunion vor allem den Reformflügel der Partei, so konnte die *Solidarität* in Polen zunächst eine Sperrminorität erringen und schließlich sogar mit den vormaligen Bündnisparteien der PZPR eine Regierung bilden.¹⁷

Damit gewinnt die Gesellschaft zum ersten Mal einen **konstitutionell garantierten Einfluß** auf die Bestellung der Herrschaftsträger und den staatlichen Entscheidungsprozeß. Unter der Losung der *glasnost* ist der Beratungsprozeß zu einem **gesellschaftlichen Pluralismus** erweitert worden,

¹⁷ Der ungarische Modus war bei Abschluß des Manuskripts noch nicht ausgehandelt. Er dürfte aber eher noch demokratischer ausfallen.

der nicht mehr herrschaftlich instrumentalisierbar ist und lediglich in der Sowjetunion noch vor einem Mehrparteiensystem haltmacht. Es entsteht eine authentische Öffentlichkeit.

Zwar ist das Kadersystem keineswegs abgeschafft, doch werden Partei und Staat deutlicher getrennt. Die Gewaltenteilung wird durch Gerichte, die auch die Bürokratie kontrollieren sollen, und durch die Einrichtung von Arbeitsparlamenten vorangetrieben.

In der Wirtschaft dominiert zwar nach wie vor die zentrale Verwaltung in den industriellen Schlüsselsektoren, doch werden die Marktmechanismen verstärkt, die Autonomie der Betriebe vergrößert und die Spielräume der legalen Privatwirtschaft vor allem im Agrar- und Dienstleistungssektor erweitert. Damit geht zumeist eine begrenzte innerbetriebliche Demokratisierung (gewähltes Betriebsmanagement, größerer Gewerkschaftseinfluß) einher.

Für die Außen- und Sicherheitspolitik gelten die Demokratiedefizite in beiden Systemtypen in verstärktem Maße. Zwar haben auch in diesem Bereich in den konsultativ-autoritären Systemen die Oligarchisierung und der innerbürokratische Pluralismus zugenommen, doch blieb die Öffnung sachlich wie personell vergleichsweise gering. Von den gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten profitiert die Außenpolitik kaum, da diese ausschließlich auf der lokalen Ebene angesiedelt sind. Die offiziellen Friedens- und Freundschaftsorganisationen dienen ebenso der Mobilisierung wie andere Massenorganisationen. Gegenüber nicht-sozialistischen Ländern nehmen sie darüber hinaus eine die offizielle Politik unterstützende Propagandafunktion wahr. Ein eigenständiger Einfluß auf die Außenpolitik ist nicht zu erkennen.

Im Rahmen der Systemreformen hat sich in den Staaten des demokratisierenden Autoritarismus auch in der Außenpolitik der Beratungsprozeß erweitert: vor allem die Rolle der wissenschaftlichen Institute nimmt zu, und Außenpolitik ist kein Tabuthema der öffentlichen Kritik mehr. Von der Parlamentarisierung ist eine wachsende öffentliche Kontrolle der Außenpolitik zu erwarten: als Lehre aus dem Afghanistan-Debakel sollen z.B. Entscheidungen über einen sowjetischen Truppeneinsatz im Ausland in Zukunft vom Obersten Sowjet gebilligt werden müssen. Die Garantien des gesellschaftlichen Pluralismus in den reformistischen Staaten werden auch die Möglichkeiten einer transnationalen Politik außerhalb der Kontrolle der Bürokratie erweitern, die bisher in größerem Umfang allenfalls den Kirchen möglich war. Relativ freie Reisemöglichkeiten - auch außerhalb des sozialistischen Systems - genießen nur die Polen und die Ungarn.

zur ökonomischen und militaristischen Instrumentalisierung

Aufgrund der bürokratischen Wirtschaftskontrolle kann zwar von einer Instrumentalisierung der Außenpolitik durch mächtige ökonomische Interessengruppen keine Rede sein, zugleich verhindern die mangelnde Autonomie der Betriebe und das Außenhandelsmonopol jedoch jegliche auf autonome internationale Verflechtung hinwirkende ökonomische Eigendynamik, wie sie marktwirtschaftlichen Systemen eigen ist.

Militarisierungserscheinungen durchdringen zusammen mit der bürokratischen Herrschaft weite Bereiche des öffentlichen Lebens.¹⁸ Höchste Priorität genossen bisher militärische Belange in der **Wirtschaft**. Der Primat der Rüstungsproduktion verschärft damit die Versorgungslage der Bevölkerung und die ökonomischen Krisenpotentiale in den sozialistischen Staaten deutlich. Es läßt sich ein Konglomerat von Ministerien und Forschungseinrichtungen ausmachen, das beinahe ausschließlich für den militärischen Bedarf arbeitet und eine "Ökonomie innerhalb der Ökonomie" bildet.¹⁹ Allerdings strebt *Gorbačev* an, die Rüstungsausgaben zu vermindern und auch die Konversion von Rüstungsbetrieben ist im Gespräch.²⁰

Innerhalb der Bürokratie existiert ein aus Vertretern des Militärs, der Schwerindustrie und des orthodoxen Flügels des Parteiapparates bestehender **militaristischer Interessenverbund**, der eine ordnungsbetonte innenpolitische und eine eher entspannungsfeindliche außenpolitische Haltung vertritt, ein Interesse an prioritärer Ressourcenausstattung der Rüstungsindustrie und des Militärs hat und sich um eine militärisch-patriotische Erziehung und Mobilisierung der Gesellschaft bemüht.²¹ Allerdings ist dieser Interessenverbund ein Teil der herrschenden Bürokratie und wirkt nicht von außen auf sie ein. Seine Herrschaftsinteressen decken sich grundlegend mit denen der anderen Apparate. Angesichts der vielfältigen Mechanismen der bürokratischen Kontrolle (Kaderpolitik, ziviles Oberkommando, politische Parallelstruktur zur Militärhierarchie) kann der Rüstungskomplex nur den begrenzten Pluralismus des bürokratischen Politikentwicklungsprozesses nutzen, um militärischen Interessen ein relativ großes Gewicht zu verleihen. Ob es sich allerdings ein Parteichef auf Dauer leisten kann, gegen die Grundinteressen dieses Verbundes anzugehen, also dessen sektorale Autonomie und Ressourcenausstattung deutlich einzuschränken, ist fraglich. Das wechselvolle Verhältnis zwischen *Chruščev* und den Militärs spräche dagegen, doch konnte sein Sturz nur gelingen, weil er sich eine breite Koalition verschiedener bürokratischer Gruppen entfremdet hatte. Ein aktiver militärischer Widerstand gegen die partiellen Entmilitarisierungsbemühungen *Gorbačevs* ist hingegen nicht auszumachen, die Einsicht in die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Modernisierung verbindet das Militär mit der *perestrojka*.

Ein angemessenes Verständnis der **Militarisierung der bürokratisch-sozialistischen Staaten** muß also davon ausgehen, daß die prominente Rolle des Militärischen den Herrschaftsinteressen der Bürokratie insgesamt entspricht. Die hierarchische und zentralistische Struktur der bürokratischen Herrschaft ist der des Militärs ebenso verwandt wie die etatistische Produktionsweise der Kriegswirtschaft. Die militärische Sozialisation vermittelt die Werte, auf denen auch eine autoritär geführte Gesellschaft fußt, die Einbindung der Beherrschten in (para)militärische Organisationen dient außer sicherheitspolitischen Zielen nicht zuletzt ihrer Kontrolle, Disziplinierung und

¹⁸ Wegen ihrer militärischen Dominanz in der WVO richtet sich das Hauptaugenmerk hier auf die Sowjetunion.

¹⁹ Vgl. u.a. Aspaturian 1979, 249 und 255f; Holloway 1983, 119 f.; Kolkowicz 1981, 343.

²⁰ Vgl. Segbers 1989, 321 ff.

²¹ Vgl. z.B. Adomeit 1979, 28 ff.; Aspaturian 1979, 239 u. 259 ff.; Kolkowicz 1984, 364 ff.

Indoktrination. Nichts zeigte deutlicher als der Militärcoup 1981 in Polen, wie sehr das Militär zum Rückgrat einer ansonsten in Auflösung befindlichen Partei werden kann.

Die herausragende **Bedeutung der militärischen Macht** galt im übrigen bisher für die sowjetische **Außenpolitik** insgesamt. Ohne sie wäre die sowjetische Weltgeltung ohne Grundlage, da die ideologische Attraktivität zunehmend verblaßt ist und eine nennenswerte ökonomische Anziehungskraft nie bestand. Die Militärpräsenz legte nicht nur die Grundlage sowjetischer Hegemonie in Osteuropa, in Krisensituationen erwies sie sich bisher auch als das einzige zuverlässige Mittel ihrer Stabilisierung. Und auch in der Dritten Welt konnte die Sowjetunion vor allem dort Einfluß gewinnen, wo sie als Waffenlieferant gefragt war. Den Supermachtstatus und die damit einhergehende Gleichrangigkeit mit den USA verdankt die Sowjetunion allein ihrem nuklearen und konventionellen Militärpotential. Das "Neue Denken" in den internationalen Beziehungen, das weitgehend entmilitarisiert ist und sich unter anderem in Abrüstungsinitiativen und in Bemühungen um eine politische Lösung von Dritte-Welt-Konflikten äußert, sowie die interne Reformpolitik mit dem (Teil-)Ziel, der militärischen Macht ein festeres politisches und wirtschaftliches Fundament zu geben und die Attraktivität der Sowjetunion in der Welt zu erhöhen, deuten allerdings auf eine Umorientierung hin.

zu direkter Gewalt, Ungerechtigkeit und Unfreiheit

Anders als im Stalinismus ist der massenhafte Einsatz **direkter Gewalt** auch im konsultativen Autoritarismus kein wesentliches Systemmerkmal mehr, doch droht sie ständig und wird willkürlich auch gegen gewaltfrei agierende Oppositionsgruppen eingesetzt. In akuten Krisensituationen bleibt sie die *ultima ratio* der Herrschaftssicherung.

Im konsultativen Autoritarismus kennt Herrschaft keine wirksam kontrollierten Grenzen, bürgerliche und politische **Grundfreiheiten** werden unterdrückt, gesellschaftliche **Autonomie** weitgehend beschnitten. Menschenrechte und Grundfreiheiten gelten nicht als unveräußerliche vorstaatliche Rechte, sondern werden abhängig vom herrschaftlich definierten Entwicklungsgrad der Gesellschaft erst vom Staat gewährt und dürfen auch dann nur herrschaftskonform ausgeübt werden. Kollektive und sozio-ökonomische Rechte werden gegenüber den angeblich nur "formalen" bürgerlichen und politischen Menschenrechten hervorgehoben und außerdem durch "Grundpflichten" ergänzt, deren zentrale die Treuepflicht zum System ist. Eine zunehmende **Verrechtlichung** und Rechtssicherheit gehört zwar zu den wichtigsten nachstalinistischen Entwicklungen, da jedoch ein von der Bürokratie unabhängiges Gerichtswesen nicht existiert, besteht auch kein effektiver Schutz vor staatlicher Willkür.

In den **reformistischen Staaten** werden zahlreiche Bürgerrechte (wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) in beträchtlichem Umfang faktisch gewährleistet und in wachsendem Maße auch gesetzlich präzisiert und geschützt. Verwaltungs- und Verfassungsgerichte sowie das Amt eines Bürgerrechtsbeauftragten in Polen sollen zur Kontrolle der staatlicher Machtausübung beitragen.

Die mangelnde politische und gesellschaftliche Autonomie des konsultativen Autoritarismus findet in der Wirtschaft ihre Entsprechung in einer **herrschaftlich bestimmten und unzureichen-**

den Bedürfnisbefriedigung. Die Wirtschaftspolitik ist zwar in paternalistischer Manier durchaus an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientiert, an einem höheren Lebens- und Bildungsstandard ebenso wie an einem extreme Ungleichheiten abbauenden Massenwohlstand, an Arbeitsplatzsicherheit und sozialer Fürsorge. Diese Politik findet jedoch dort ihre Grenze, wo sie die Monopolherrschaft der Bürokratie antastet: Wohlstandssteigernde Reformen unterbleiben, wenn sie die Erhöhung der gesellschaftlichen Autonomie erfordern, Ressourcen werden vorrangig in die Bereiche gelenkt, denen die Bürokratie die höchste Priorität beimißt: der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie der Reproduktion des Herrschaftsapparates mit seinen materiellen Privilegien. Die Bedürfnisse der Konsumenten werden hingegen herrschaftlich bestimmt und limitiert, mangelnde Versorgung selbst mit Gütern des Grundbedarfs ist die Regel. Die bürokratisch gesteuerte Wirtschaft arbeitet ineffizient und unflexibel, ruft eine unsoziale Parallelwirtschaft hervor und verursacht schleichende Unzufriedenheit, die sich von Zeit zu Zeit in "wilden" Streiks oder in oft mit Gewalt verbundenen Unruhen äußert.

Auch in denjenigen Staaten, die sich im Prozeß der Demokratisierung befinden, konnte entweder - wie in Polen oder der Sowjetunion - dem Mangel trotz einer partiellen Dezentralisierung der Wirtschaft bisher nicht spürbar abgeholfen werden, oder es gelang - wie in Ungarn - eine Flexibilisierung nur um den Preis gewachsener Arbeitslosigkeit und Armut.

zur militarisierten politischen Kultur

Militärische Normen und Verhaltensweisen sowie **Feindbilder** spielen in der herrschaftlichen Sozialisation und Mobilisierung der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Zur **Wehrerziehung**, die die gesamte Schulzeit begleitet, gehört neben der Motivation zur bewaffneten Verteidigung des "sozialistischen Vaterlands" und der Erlernung militärischer Fertigkeiten auch die bewußte Erzeugung von "Freund- und Feindbildern", von "Haß auf den Klassenfeind".²² Fortgesetzt wird die Militarisierung der Gesellschaft, die in der Sowjetunion und in der DDR besonders ausgeprägt ist, durch Zivilverteidigungsprogramme der Betriebe und in der DDR außerdem in den paramilitärischen "Kampfgruppen der Arbeiterklasse". Die Liberalität Polens und Ungarns äußert sich hingegen in der kürzlich geschaffenen Möglichkeit eines zivilen Ersatzdienstes.

Der Sozialismus ist zwar nicht bellizistisch, sieht aber traditionell **militärische Gewaltanwendung** als "gerecht" an, wenn sie im Dienste fortschrittlicher Klassen steht. Die zunächst zeitlich begrenzte **Toleranz** des Marxismus-Leninismus gegenüber anderen gesellschaftspolitischen Systemen nach dem Prinzip der "friedlichen Koexistenz" ist jedoch inzwischen offiziell auf Dauer gestellt worden. Statt des Klassenkampfes stehen nun "allgemeinmenschliche Interessen" und "Interdependenzen" im Vordergrund des außenpolitischen Denkens, die eine Politik der gemeinsamen Friedenssicherung und der intersystemaren Zusammenarbeit erfordern.²³ Parallel

²² Vgl. Kuebart 1987, 90, Kuhrt 1984, 28 und Schirrmeister 1987. Über evtl. Veränderungen in diesem Bereich liegen mir keine Informationen vor.

²³ Vgl. u.a. den systematischen Überblick über die Konzepte des "Neuen Denkens" bei Legvold 1989.

dazu ist auch die gewaltsame Intervention sozialistischer Staaten nach dem Prinzip der "brüderlichen Hilfe" in den Hintergrund getreten.

Feindbildprojektionen dienen im konsultativen Autoritarismus allerdings nicht nur der Wehrmotivation, sondern auch zur **Ablenkung** innenpolitischer Schwierigkeiten und zur Stabilisierung in Krisensituationen. Konflikte werden dem Wirken westlicher Propaganda zugeschrieben, Oppositionelle zu "Agenten des Imperialismus" gestempelt, Unterdrückungsmaßnahmen wie die Intervention in der CSSR wurden auch mit der zu erwartenden Ausnutzung der Krise durch den Westen gerechtfertigt. In der Sowjetunion spielt seit der Stalin-Ära außerdem die **patriotische Legitimation** eine gewichtige Rolle: Bei aller offiziell propagierten internationalistischen Orientierung wird hier über den Stolz auf die Hegemonial- und Weltmachtposition der Sowjetunion der traditionelle russische Nationalismus mobilisiert - ein Weg, der den von außen aufgezungenen Regimen der Bündnisstaaten jedoch weitgehend verwehrt bleibt.

zur internationalen Abhängigkeit und Ausbeutung im östlichen Bündnis

Erweitert man das Blickfeld auf die **internationalen Beziehungen** in Osteuropa, so läßt sich allgemein feststellen, daß bis zum Amtsantritt *Gorbačëvs* die **eng begrenzte Autonomie** der kleineren sozialistischen Staaten Osteuropas die zwischenstaatliche Seite der Unterdrückung demokratischer Rechte in ihrem Innern war. Die innerstaatliche Herrschaft der Bürokratie fand ihre internationale Entsprechung in der sowjetischen Hegemonie, die sich nicht allein auf die Kontrolle der Außenpolitik ihrer Vorfeldstaaten, sondern bis auf die Konformität ihres politischen Systems mit dem sowjetischen erstreckte. Dank ihrer militärischen Präsenz im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und nicht aufgrund bodenständiger Revolutionen wurden sozialistische Systeme des sowjetischen Typs etabliert, die nicht nur bis heute demokratischer Legitimität ermangeln, sondern - wie die Geschichte der Herrschaftskrisen in Osteuropa zeigt - aller Wahrscheinlichkeit nach entweder echten Revolutionen von unten oder systemverändernden Reformen nationalkommunistischer Eliten zum Opfer gefallen wären, hätte nicht die erdrückende militärische Übermacht, und im Notfall auch der Einsatz des Militärs, ein für die Sowjetunion akzeptables politisches System garantiert.

Der **innen- und außenpolitische Spielraum der Bündnisstaaten** erweiterte sich allerdings seit dem Amtsantritt *Gorbačëvs* erheblich. Bisher waren Reformen, die das Entscheidungsmonopol sowjetloyaler kommunistischer Parteien in Frage stellten, die Aufkündigung der sozialistischen Integration oder der außenpolitischen Gefolgschaftstreue (außer im Falle Rumäniens) außerhalb des Toleranzbereichs und drohten, wenn andere Druckmittel versagten, durch eine direkte militärische Intervention der Sowjetunion oder wie in Polen 1981 durch eine "indirekte" Unterdrückung rückgängig gemacht zu werden. Die neue sowjetische Führung spricht hingegen von einer Umgestaltung auch ihrer Beziehungen zu den verbündeten Staaten auf der Grundlage der **Souveränität**, also der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nicht-Einmischung, und überläßt es den jeweiligen Regierungen, nach eigenem Gutdünken für die Stabilität ihrer Herrschaft zu sorgen. Ob es dabei noch innenpolitische Toleranzgrenzen gibt, ist momentan nicht zu erkennen,

andererseits ist nicht zu vermuten, daß eine Desintegration des osteuropäischen Bündnisses ohne Gegenmaßnahmen hingenommen würde.²⁴

Vor *Gorbačev* bestand ein gewisser Spielraum allein in der **Wirtschaftspolitik**, in der Abweichungen vom sowjetischen Modell solange geduldet wurden, wie sie nicht auf den engeren politischen Bereich übergriffen. Nach *Stalins* Tod kann auch von einer Ausbeutung Osteuropas durch die Sowjetunion keine Rede sein. Trotz ihrer quantitativ weit überlegenen Ressourcen und der Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von sowjetischen Energie- und Rohstofflieferungen spricht vieles dafür, daß die Blockstaaten durch die RGW-Preispolitik sogar subventioniert wurden - sieht man von den strukturellen und systemischen Kosten der sowjetischen Hegemonie für die entwickelteren Ökonomien in ihrem Machtbereich einmal ab.²⁵

Im **militärischen Bereich** dauert jedoch die Dominanz der Sowjetunion fort, die sich nicht nur in ihrem weit überlegenen Militärpotential, sondern auch in der Militärorganisation des Warschauer Vertrages äußert, in der die Schlüsselpositionen von sowjetischen Militärs besetzt sind und eine umfassende Kontrolle der Sowjetunion sichergestellt ist. Allerdings haben sich zwei **Regionen** unterschiedlicher sicherheitspolitischer Bedeutung herausgebildet, wobei das "nördliche Dreieck" mit der DDR, Polen und der ČSSR strategisch von höchster Bedeutung und damit entsprechend militärisch in hohem Maße kontrolliert und integriert ist. Mit Ausnahme Ungarns sind nur dort sowjetische Truppen stationiert.

Diese unterschiedlich stark ausgeprägten Demokratiedefizite und Militarisierungerscheinungen sind modellgemäß zunächst als Anhaltspunkte für eine potentielle Kriegsgefahr durch die sozialistischen Staaten zu werten und sollen daher im konkreten Kontext der Ost-West-Beziehungen auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden. Bedeuten also die internen Gewaltpotentiale der sozialistischen Staaten eine **akute Friedensgefährdung** in den Ost-West-Beziehungen?²⁶

3. Friedensunfähigkeit des Sozialismus? Kriegsgefahren und Entspannungshemmnisse

Die sozialistischen Systeme haben sich historisch sehr wohl in der Lage gezeigt, sich ohne Expansion zu reproduzieren und zu stabilisieren, sind also nicht "wesensmäßig" aggressiv und expansionistisch.²⁷ Die "friedliche Koexistenz" mit ihrem Verzicht auf einen militärisch ausgetragenen Klassenkampf hat sich seit *Chruščev* zu einer Strategie entwickelt, deren Ende nicht absehbar ist. Selbst wenn man also nur auf die ideologisch formulierten **Expansionsabsichten** blickt, liegt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine militärische Expansion nach Westeuropa außerhalb des sowjetischen Kalküls. Diese Feststellung wird unterstützt, betrachtet man das **Verhalten** der Sowjetunion. Ihr Hauptinteresse liegt darin, das eigene Staatsgebiet zu schützen und ihren weltpolitischen "Besitzstand", vor allem in Osteuropa, zu halten. Außerhalb ihres engeren Machtbereichs verfolgt sie im allgemeinen eine risikoarme Politik, genauer gesagt:

²⁴ Vgl. z.B. Gati 1989, Segbers 1989, 112 f. hebt daneben die mangelnde **Fähigkeit** der Sowjetunion hervor, "den 'Ostblock' zu rekonstruieren".

²⁵ Vgl. z.B. Marer 1976, 60 f., Marer 1984, 310 f. und Meier 1987, 204 f.

²⁶ Da aufgrund ihres Machtpotentials nur die UdSSR eine solche Gefahr darstellen könnte, bleiben die anderen sozialistischen Staaten weitgehend unberücksichtigt.

²⁷ Vgl. Mlynář 1987, 224.

Ihre Bereitschaft zu militärischem Engagement ist umso geringer, je höher das Risiko einer Konfrontation mit den USA erscheint.²⁸

Allerdings ist die Sowjetunion für den **Rüstungswettlauf** mitverantwortlich. Da sich ihre Weltmachtposition letztlich militärisch definiert, war eine massive Aufrüstung der einzige Weg, Gleichrangigkeit mit den USA zu erreichen. Auch hat sich die sowjetische Rüstungsentwicklung - obwohl technisch kaum innovativ - unter der Leitung des militaristischen Interessenverbundes innerhalb der Bürokratie verselbständigt und deutlich autistische Merkmale aufgewiesen.²⁹

Dafür daß die sozialistischen Staaten sich aus **inneren Konflikten und Krisen** je in außenpolitische Abenteuer gestürzt hätten, fehlt jedwede historische Evidenz. Zwar ist die militärisch-politische Legitimation des sowjetischen Systems sicher eine Ursache dafür, daß die sowjetische Führung ihre aktive Weltmachtrolle zu bewahren sucht, der bisherigen risikoarmen Politik stand sie jedoch nicht im Weg.³⁰ Genausowenig führte der **innenpolitische Zwang zum Feind** zu bestätigenden militärischen Aktionen. Selbst die militärischen Interventionen der Sowjetunion in ihrem osteuropäischen Machtbereich haben kein Risiko einer Eskalation in eine militärische Ost-West-Auseinandersetzung erzeugt.

Es ergibt sich das Bild, daß die sozialistischen Staaten zwar aktiv zum instabilen negativen Frieden und zur Militarisierung in den Ost-West-Beziehungen beigetragen, aber auch schon vor *Gorbačev* keine darüber hinausgehende, akute Kriegsgefahr verursacht haben. Die Demokratiedefizite und Militarisierungserscheinungen der sozialistischen Staaten wirkten sich vielmehr als Hemmnisse auf dem Weg der Entspannung, der Entmilitarisierung und der dauerhaften Institutionalisierung des Friedens in Europa aus. Die Beurteilung dieser **Entspannungshemmnisse** wird allerdings gegenwärtig um vieles günstiger ausfallen als noch vor wenigen Jahren - der Zusammenhang zwischen internen Reformen und der Vertiefung von Entspannung und Kooperation tritt seitdem deutlich zutage.

Die Sowjetunion verfolgte bisher weder einen "Welteroberungsplan" noch war sie allein am *status quo* orientiert. Ihre Außenpolitik folgte überwiegend **machtpolitischem Kalkül**, orientierte sich an der Supermacht Konkurrenz mit den USA und bestand aus einem Mix von offensiven und defensiven Elementen. Die ideologischen Vorgaben der "brüderlichen Hilfe" vor *Gorbačev* und das bisherige Verhalten der Sowjetunion deuten darauf hin, daß sie im Fall militärischer Überlegenheit und eines geringen nicht-nuklearen Risikos für den eigenen Machtbereich Krisensituationen in Westeuropa zur eigenen militärischen Intervention ausnutzen oder gewaltsam agierende prosovietische Parteien militärisch unterstützen könnte. Solange ein solches Szenario plausibel bleibt, geht von der Sowjetunion eine Bedrohung aus, die eine signifikante Abrüstung und Entspannung unmöglich macht. Es wird jedoch in dem Maße an Glaubwürdigkeit verlieren, wie der "Revolutionsexport" ideologisch *ad acta* gelegt und die angekündigte "nichtangriffsfähige" Militärstruktur in die Tat umgesetzt wird.

²⁸ Vgl. u.a. Bialer 1986, 267 und Zimmerman 1986, 92 f.

²⁹ Vgl. Holloway 1984, 327 und 334 f.

³⁰ Vgl. Jahn 1982, 213; Segbers 1988, 101; Zimmerman 1986, 93.

Die Fähigkeit der Sowjetunion zu **weitgehender Abrüstung** und zum **Verzicht auf militärische Machtentfaltung** könnte an Grenzen stoßen, bedenkt man die ausschließlich militärische Natur des Weltmachtrangs der Sowjetunion, die militärische Garantie der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa, den Einfluß des militaristischen Interessenverbundes in der sowjetischen Bürokratie, die Herrschaftsfunktionen der militärischen Sozialisation, Integration und Disziplinierung in den sozialistischen Staaten und die nationalistische Legitimation des sowjetischen Herrschaftssystems. Bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen spielen solche Grenzen allerdings keine sichtbare Rolle und hindern die Sowjetunion auch nicht an immer neuen Initiativen.

Die Entmilitarisierung Europas kann nur auf der Basis eines hohen wechselseitigen **Vertrauens** gelingen. Hier sind zunächst die fehlende Transparenz innerbürokratischer Prozesse und - vor allem in den konsultativ-autoritären Staaten - die mangelnde demokratische Öffentlichkeit hinderlich. Wer demokratische Bestrebungen im eigenen System unterdrückt, kann von Seiten demokratischer Staaten kaum mit Vertrauen rechnen, und wer weder im Innern noch gegenüber anderen Staaten in seinem Machtbereich Toleranz walten läßt, kann auch nicht erwarten, daß sie ihm von außen entgegengebracht wird. Damit gewinnt die sowjetische Politik der Demokratisierung im Innern und der "langen Leine" gegenüber den Bündnisstaaten auch eine friedensfördernde westpolitische Dimension. Die Reformpolitik wird in westlichen Staaten mit Sympathie verfolgt und bringt eine entspannungsfreundliche öffentliche Meinung hervor, während ständige Menschenrechtsverletzungen ein kooperationsfeindliches Klima schaffen.

Die **bürokratische Übersteuerung** der sozialen und ökonomischen Prozesse und die damit zusammenhängende Unterdrückung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Autonomie hat im konsultativen Autoritarismus eine entspannungs- und friedensfördernde internationale und transnationale Politikverflechtung verhindert.³¹ Ein System, das darauf ausgerichtet ist, das gesamte öffentliche Leben zu kontrollieren, wird umso vehementer reagieren, wenn die Überschreitung von Staatsgrenzen - und das bedeutet: Steuerungsverlust - ins Spiel kommt. Da die Entspannung die Aufrechterhaltung von Feindbildern und die Abschirmung der osteuropäischen Gesellschaften gegenüber westlichen Kontakten und Ideen erschwert, müssen die sozialistischen Staaten, je repressiver sie im Innern sind, umso mehr mit jedem Schritt der Annäherung zugleich "**kompensatorische Abgrenzungsmaßnahmen**" ergreifen.³² Wenn ein Staat aus herrschaftspolitischen Gründen die internationale Entspannung durch interne Gewalt ausgleichen muß, die wiederum internationale Spannungen erzeugt, bleibt der friedensfördernde Wert der Kooperation auf der Strecke. Der innenpolitische Zwang zum Feind wird zu einer Blockierung des entspannungspolitischen Fortschritts.

Bürokratisch kontrollierte Außenbeziehungen erlauben nicht die staatsfreien internationalen Kontakte und Verflechtungen, die Empathie und Toleranz begünstigen und damit ein Gegengewicht zu konfliktverschärfenden Interessen in der Bürokratie bilden könnten. Eine

³¹ Vgl. Senghaas 1988, 121 f.

³² Vgl. Wettig 1976, 351 f. und Mlynář 1983, 145, für den die "Isolierung" gar der "grundlegende systembedingte Zug des Verhaltens der Sowjetsysteme in Interaktion mit anderen Systemen" ist.

friedensfördernde **Entropie** kann unter solchen Umständen nicht zustandekommen, und eine positive Interdependenz wird immer wieder aus internen Gründen blockiert werden müssen. Schließlich fehlt bürokratisch gesteuerten Wirtschaftsprozessen eine internationalisierende Eigendynamik. Das Primat der Herrschaft verlangt nach ökonomischer Autarkie oder zumindest uneingeschränkter Planungshoheit. Wenn dies schon eine echte Integration im RGW unmöglich macht, so gilt das für die intersystemaren Wirtschaftsbeziehungen umso mehr.

Das Urteil über die **Friedensfähigkeit** der sozialistischen Staaten muß also differenziert ausfallen. Sicherlich sind sie sämtlich in dem Sinne friedensfähig, daß sie nicht inhärent auf Expansion und Krieg angelegt und angewiesen sind. Andererseits stehen in den konsultativ-autoritären Staaten zahlreiche interne Strukturmerkmale einer vertieften Entspannung entgegen. In den demokratisierenden Staaten werden hingegen mit der Zunahme von Transparenz und legalem Pluralismus, mit der Öffnung nach außen (etwa durch Verzicht auf das *jamming*, also die Störung westlicher Rundfunksendungen, durch erweiterte Reise- und Kontaktmöglichkeiten und entmonopolisierende Außenhandelsreformen) und der Betonung der "zivilisierten Konkurrenz" und der Lernbereitschaft³³ die Voraussetzungen einer Vertiefung des europäischen Friedensprozesses geschaffen.

³³ Vgl. Segbers 1989, 327 und 338 f.

TEIL 2: WIE INTERVENIEREN?

4. Grenzen und Erfordernisse friedlicher Intervention

Damit die gesamte Breite und Reichweite der IVFP analytisch abgedeckt werden kann, ist **Intervention** hier zunächst möglichst weit zu definieren, um anschließend durch Ausschluß bestimmter interventionistischer Ziele und Mittel in Einklang mit der Friedensnorm gebracht zu werden³⁴. Als Intervention soll jede Einwirkung auf die internen politischen Prozesse eines anderen Staates gelten, deren Ziel es ist, das Herrschaftssystem, die Herrschaftsträger oder die Politik dieses Staates zu verändern. Parallel läßt sie sich auch als Einwirkung auf die internen Prozesse einer Gruppe von Staaten verstehen.³⁵

Folgende normative Einschränkungen interventionistischer Ziele und Mittel erscheinen mir grundlegend:

- a) Als **Teilpolitik** darf IVFP weder gegen die Friedensnorm noch gegen die grundlegenden Ziele der internationalen Friedenspolitik verstoßen. Sie darf weder die Kriegsgefahr erhöhen noch sich gewaltsamer Mittel bedienen. Unter das Gewaltverbot fallen auch nicht-militärische Zwangsmittel, die allerdings von bloßem Druck zu unterscheiden sind, der weder die Existenz von Menschen (etwa bei Hunger als Folge eines Boykotts) noch die politische und territoriale Integrität des betroffenen Staates gefährdet.³⁶ Weiterhin darf IVFP die Institutionalisierung zwischenstaatlicher Kooperation nicht nachhaltig gefährden, oder positiv ausgedrückt: Strategien der institutionalisierten und auch der *ad hoc*-Kooperation sollten Vorrang vor solchen haben, die auf der Ausübung von Druck beruhen. Schließlich darf IVFP im Zielland - zumindest über längere Zeit - keine der internen Strukturen oder Prozesse verursachen oder verstärken, die sie als potentiell friedensgefährdend abbauen will.
- b) IVFP darf sich nur auf **friedensrelevante innerstaatliche Strukturen und Prozesse** (wie sie sich aus dem Katalog der internen Kriegsgefahren und Friedensbedingungen ergeben) richten und diese nur **in Richtung auf eine höhere Friedensleistung** zu beeinflussen suchen.
- c) Ein Staat darf nur im Hinblick auf solche Strukturen und Prozesse intervenieren, bei denen er **selbst höhere Friedensleistungen** erbringt als der Konfliktgegner.
- d) Schließlich darf IVFP nicht die gesellschaftliche **Autonomie** einschränken, die sie gerade als Voraussetzung der Friedensfähigkeit fördern will. Sie hat nur dort ihre Berechtigung, wo Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen der demokratischen und antimilitaristischen Selbstentfaltung einer Gesellschaft im Wege stehen und aufgrund der ihnen zur Verfügung

³⁴ Diesen Weg schlägt auch Beitz 1979, 74 vor. Da die IVFP auf einer Friedenstheorie gründet, die zwar plausibel erscheint, aber nicht als wissenschaftlich bestätigt gelten kann, müssen ihre Grenzen so vorsichtig definiert werden, daß selbst für den Fall, daß sich die Friedenstrategie als falsch oder irrelevant erweisen sollte, durch IVFP kein gravierender Schaden entsteht.

³⁵ Vgl. ähnlich Cottam/Rowe 1988, 1 als die weiteste mir bekannte Definition. Die einzige Unterscheidung zwischen Intervention und anderen Formen der internationalen Interaktion oder Machtausübung ist demnach die Beschränkung der Intervention auf die nationale Ebene, auf die internen Verhältnisse des Interaktionspartners.

³⁶ Vgl. die Unterscheidung bei Beyerlin 1979, 180.

stehenden Machtmittel die Oberhand behalten, und muß sich darauf beschränken, von außen diejenigen strukturellen und personalen Demokratisierungs- und Entmilitarisierungspotentiale zu fördern und zu unterstützen, die in der Gesellschaft selbst angelegt sind, um deren Entfaltungsspielraum zu erhöhen.³⁷ Dabei darf sie auch nur diejenigen Mittel einsetzen und Risiken heraufbeschwören, denen die inländischen Reformkräfte zustimmen.

Die **friedenstheoretischen Anforderungen** an die Intervention in einem Satz: Die IVFP erlaubt es einem Staat, die demokratischen und antimilitaristischen Veränderungspotentiale im System des Interaktionspartners bei der gewaltlosen Demokratisierung und Entmilitarisierung derjenigen friedensrelevanten internen Strukturen und Prozesse zu unterstützen, bei denen er selbst eine überlegene Friedensleistung erbringt oder die er ebenfalls zu verwirklichen bereit ist, ohne jedoch Gewalt und Zwang anzudrohen, anzuwenden oder heraufzubeschwören und ohne die zwischenstaatliche Kooperation zu verhindern oder nachhaltig zu gefährden.

Für eine **assoziative Grundorientierung** der IVFP³⁸ spricht daher zum einen, daß sie Teil einer Gesamtpolitik ist, die als zentrales Element auch die Institutionalisierung kooperativen Konfliktaustrags beinhaltet. Zum anderen versprechen dissoziative Strategien nur bei gravierender einseitiger Abhängigkeit oder durch Zwang eine effektive Einwirkung auf das Herrschaftssystem des Interaktionspartners. Während die erste Bedingung in den Ost-West-Beziehungen nicht vorliegt, widerspricht die zweite den normativen Vorgaben der friedlichen Intervention. Denkbar sind allenfalls taktische oder kurzfristige dissoziative Elemente, freilich mit einer Ausnahme: Sollte sich herausstellen, daß die Kooperation die interne Gewalt im System des Interaktionspartners stärkt, anstatt zu ihrem Abbau beizutragen, ist ein Wechsel zur Dissoziation geboten, die allerdings nicht Einwirkung durch Gewalt oder Zwang, sondern lediglich die Verweigerung herrschaftsstabilisierender Unterstützung bedeutet.³⁹

Wo sind nun die in den sozialistischen Systemen Osteuropas angelegten Veränderungspotentiale zu finden, die die IVFP ansteuern sollte?

5. Ansatzpunkte und Ziele interventionistischer Friedenspolitik in Osteuropa: Widersprüche, Konflikte und Krisen

Drei **Widersprüche** in den sozialistischen Systemen und zwischen ihnen sind so zentral, daß sie als objektive und dauerhafte Ursache herrschaftsbezogener Konflikte und Krisen in Osteuropa und demnach als die grundlegenden Ansatzpunkte der IVFP gelten können.⁴⁰

³⁷ Ähnliche Bedingungen setzen Beitz 1979, 90 f.; Czempiel 1987, 66; Walzer 1982, 142 u. 145.
³⁸ Vgl. Galtung 1975, 61 ff.

³⁹ Vgl. die auf eine Südafrikapolitik bezogenen Überlegungen bei Czempiel 1976, 65 f.

⁴⁰ Als Widersprüche sollen hier Steuerungsprobleme bezeichnet werden, die in den Herrschaftsstrukturen **objektiv** angelegt sind, Konflikte bestehen hingegen zwischen Gruppen und deren **subjektiven** Positionen. Spitzen sich die Steuerungsprobleme und Konflikte in einer Weise zu, die die Integrität und Funktionsfähigkeit des Systems als Ganzes in Frage stellen, ist von einer Krise zu sprechen. Vgl. dazu die Krisenanalyse bürokratischer Herrschaft bei Meyer 1977.

Der Widerspruch zwischen der bürokratischen Herrschaft und der Emanzipation der Beherrschten⁴¹ durchzieht das gesamte Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Das Herrschaftsmonopol der Bürokratie polarisiert die Vielzahl innergesellschaftlicher Konflikte zu einem großen Grundkonflikt zwischen Bürokratie und Gesellschaft.⁴² Die Herrschaft der Bürokratie ist mit persönlicher und gesellschaftlicher Selbstbestimmung nicht vereinbar, ist aber zumindest auf die Massenloyalität der Beherrschten angewiesen. Sieht sie sich durch die Emanzipationsinteressen der Beherrschten herausgefordert, dann ist sie auch bereit, ihre Herrschaft in Teilbereichen den Interessen der Beherrschten anzupassen, um sie insgesamt bewahren zu können.

Der Widerspruch zwischen bürokratischer Herrschaft und Modernisierung⁴³ hat seinen Ursprung in der industriegesellschaftlichen Basis der sozialistischen Staaten. Die von der Herrschaftselite gewollte und geförderte industrielle Entwicklung gerät, je weiter sie fortschreitet, zunehmend in Konflikt mit der bürokratisch-diktatorischen Herrschaftsorganisation und drängt zur Entmonopolisierung und Pluralisierung nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich. Für die Bürokratie ergibt sich ein Dilemma daraus, daß sie die ökonomische Modernisierung zwar anstrebt, um durch höhere Wirtschaftsleistungen Massenloyalität zu sichern und im internationalen Wettbewerb mit den westlichen Staaten zu bestehen, ihre politischen Voraussetzungen und Konsequenzen aber fürchtet: die zur Rationalisierung, Flexibilisierung und Innovationssteigerung notwendige Autonomie der Wirtschaftssubjekte und ihre Orientierung am Markt untergräbt das bürokratische Monopol. Erst wenn die ökonomischen Probleme bedrohlicher erscheinen als der zu ihrer Behebung notwendige Herrschaftsabbau oder wenn die Verlockungen gesteigerter Produktivkraftentwicklung die herrschaftlichen Bedenken überwiegen, kommt es zu mehr als kosmetischen wirtschaftlichen und politischen Reformen. In diesem Widerspruch liegt auch ein Entmilitarisierungspotential, sofern ein Ressourcentransfer vom militärischen zum zivilen Sektor der Wirtschaft als unerläßliche Voraussetzung der ökonomischen Modernisierung oder als notwendig zur Erhöhung der sozialen Leistungen und des Konsums der Bevölkerung angesehen wird.

Der Widerspruch zwischen sowjetischer Hegemonie und nationaler Autonomie⁴⁴ stellt die sowjetische Führung ebenso vor ein Dilemma wie die osteuropäischen Eliten. Grundsätzlich sind hier folgende Mechanismen wirksam: Die abhängigen Staaten sollen die Sicherheit der Sowjetunion, ihre Wohlfahrt und ihre systempolitische Legitimation erhöhen. Die Sowjetunion ist daher einerseits an einer möglichst engen Kontrolle über Osteuropa, andererseits an der Stabilität der von ihr kontrollierten Staaten interessiert.⁴⁵ Nun verlangt das Ziel der internen Stabilität, den Interessen der osteuropäischen Bevölkerungen und den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, damit aber zugleich nationale Eigenentwicklungen und einen Kontrollverlust zu riskieren.

⁴¹ Vgl. Meyer 1977, 176 und Mlynář 1983, 17 und 164 ff.

⁴² Mit der Ausdifferenzierung der Bürokratie in den reformistischen Staaten und der Herrschaftsbeteiligung der Opposition in Polen nimmt diese einfache Frontstellung allerdings zunehmend ab.

⁴³ Vgl. u.a. Meyer 1977, 181 ff. und Mlynář 1983, 18 und 26.

⁴⁴ Vgl. u.a. Campbell 1984, 24 f. und Mlynář 1983, 141.

⁴⁵ Vgl. u.a. Brown 1987, 44 f. und 52 und Larrabee 1986, 534.

Weitgehende Kontrolle und Anpassung provoziert hingegen Systemkrisen in den Bündnisstaaten und Konflikte mit deren Führungen. Die osteuropäischen Eliten müssen gleichzeitig die von der Sowjetunion wie von der eigenen Gesellschaft gestellten Anforderungen erfüllen und wollen dabei außerdem den eigenen Herrschaftsspielraum nach innen und außen verteidigen und erweitern. Je mehr sich jedoch eine Bürokratie den Aspirationen nach nationaler Eigenständigkeit anpaßt, umso stärker gerät sie in Gefahr, den von der Sowjetunion vorgegebenen Spielraum zu überschreiten. Ordnet sie sich hingegen den sowjetischen Vorgaben unter, riskiert sie Probleme im eigenen Land. Dieser Widerspruch hat sich seit Stalins Tod zugunsten einer nachlassenden hegemonialen Kontrolle und einer wachsenden Differenzierung in Osteuropa ausgewirkt. Inzwischen hat die Sowjetunion ihre Konformitätsansprüche so weit zurückgeschraubt, daß sich die innenpolitische Dynamik in den osteuropäischen Staaten weitgehend unbehelligt von sowjetischer Gegensteuerung in repressiver wie reformistischer Richtung entfalten kann.

Diese Widersprüche schaffen einen kontinuierlichen Handlungs- und Entscheidungsbedarf, determinieren jedoch nicht die Art und Weise seiner Bewältigung. Der Westen muß daher seinen Einfluß so nutzen, daß sich die Optionen "Herrschaft" und "Hegemonie" immer weniger aufrechterhalten lassen und stattdessen die Optionen "Emanzipation", "(politische) Modernisierung" und "Autonomie" zum Tragen kommen.

Die Widersprüche spiegeln sich in den Interessen und in der Politik der bürokratischen Eliten wider und produzieren verlässlich latente und periodisch auch manifeste **Konflikte** innerhalb der Bürokratien und zwischen ihnen. Aus den unterschiedlichen politischen Antworten auf die Dilemmata der bürokratischen Herrschaft entsteht innerhalb der Eliten ein Spektrum **politischer Richtungen**:

- a) im Widerspruch von Herrschaft und Emanzipation von stalinistischen über mehr oder weniger autoritäre zentristische bis hin zu reformkommunistischen Positionen,
- b) im Widerspruch von Herrschaft und Modernisierung von zentralistisch-befehlswirtschaftlichen über technokratische (Rationalisierung und Effizienzsteigerung ohne Demokratisierung) bis hin zu dezentralistisch-marktwirtschaftlichen Orientierungen (einschließlich politischer Liberalisierung) und
- c) im Widerspruch von Hegemonie und Autonomie auf der osteuropäischen Seite von den "Moskowitern" bis zu den "Nationalkommunisten" und auf der sowjetischen Seite von den "Imperialisten" bis zu den "Polyzentristen".

Da allerdings eine **soziale Verortung** dieser Richtungen, auch weil es sich eher um informelle, schwach organisierte und fluktuierende Strömungen handelt, innerhalb der Bürokratie nicht befriedigend zu leisten ist, empfiehlt es sich für eine westliche IVFP, der Bürokratie insgesamt solche Angebote zu machen oder Anforderungen zu stellen, die geeignet erscheinen, eine eher reformistische und weniger militaristische Politik hervorzubringen oder die eher reformkommunistischen, dezentralistischen und nationalkommunistischen Kräfte in den innerbürokratischen Auseinandersetzungen zu begünstigen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die absehbare oder akute Vakanz des Amtes des KP-Generalsekretärs, während der sich die Richtungskonflikte mit einem **Nachfolgekonflikt** verbinden. Nachfolgekonflikte öffneten vor allem die konsultativ-autoritären Systeme für grundlegende Wandlungen, die unter "normalen" Bedingungen undenkbar waren. Sie konnten als Katalysator für Interessen und Tendenzen wirken, die sich bereits zuvor in der Gesellschaft und in der Bürokratie entwickelt hatten, aber sich bis dahin nicht äußern und durchsetzen konnten.⁴⁶ Sie erlaubten außerdem gesellschaftlichen Gruppen und bei sowjetischen Nachfolgeperioden den übrigen osteuropäischen Staaten einen erweiterten Aktionsraum.

Als Ergebnis der Widersprüche bürokratischer Herrschaft und der innerbürokratischen Konflikte lassen sich in der nachstalinistischen Entwicklung - abgesehen von der unmittelbaren Entstalinisierung selbst - zwei zeitlich-inhaltliche **Reformschwerpunkte** unterscheiden:

a) Die **technokratisch-bürokratische Reform**⁴⁷, vor allem der sechziger und siebziger Jahre, sollte zum einen der Anpassung des Systems an die Erfordernisse einer komplexen Industriegesellschaft dienen und zum anderen durch erweiterte Konsum- und Aufstiegschancen die Massenloyalität der Bevölkerung sicherstellen, ohne die herrschaftlichen Strukturen zu verändern. Ihre wichtigsten Tendenzen sind daher: **Institutionalisierung und Formalisierung** (darunter begrenzte Beteiligungschancen und die Verrechtlichung von Verfahren), **Differenzierung und Spezialisierung** der bürokratischen Apparate (samt der Einbeziehung von Fachleuten in die Entscheidungsprozesse), **Rationalisierung und Effektivierung** der administrativen Strukturen und Prozesse, ohne das Prinzip der direkten Leitung und Planung aufzugeben, und die **materielle Pazifizierung** der Bevölkerung.⁴⁸

b) Die **partielle Demokratisierung**, wie sie sich (nach dem schnell unterdrückten Vorläufer des "Prager Frühlings" von 1968) in den Staaten des "demokratisierenden Autoritarismus" im letzten Drittel der achtziger Jahre entwickelt, verbindet wirtschaftliche und politische Reformen. Sie kann zustandekommen, wenn die technokratisch-bürokratische Reform ihre Ziele verfehlt, wenn also entweder die gewünschte materielle Pazifizierung der Bevölkerung scheitert oder die innerbürokratischen Reorganisationen sich für die gewünschte Modernisierung oder Krisenbehebung als unzureichend erweisen. Ihre wichtigsten Tendenzen sind (s.o. S. 11 ff.): **Konstitutionalisierung** der Herrschaft (v.a. durch zunehmende Rechtsstaatlichkeit, Ansätze einer echten Gewaltenteilung und einer demokratischen Bestellung der Parlamentarier), **Pluralisierung** der Gesellschaft und **Dezentralisierung** der Wirtschaft. Die Grenzen dieser Prozesse sind momentan nicht abzusehen.

Die IVFP sollte sich in ihrer Einwirkung auf die Veränderungspotentiale, soweit erkennbar, an den allgemeinen, möglichst konsensfähigen unterdrückten **Interessen der Beherrschten**

⁴⁶ Vgl. Bialer 1980, 66.

⁴⁷ Vgl. Mlynář 1983, 174 und Royen 1988, 32 f.

⁴⁸ Vgl. Glacßner 1982, 249 und Meyer 1977, 246 ff.

orientieren, wie sie sich aus den Oppositionsprogrammen, vor allem aber in manifesten Krisensituationen erkennen lassen:

a) Am weitesten verbreitet und wichtigste Ursache von Massenprotesten ist das **Wohlfahrtsinteresse**, das sich nicht nur auf eine schnellere **Steigerung des Lebensstandards**, sondern auch auf eine **egalitäre Verteilung** von Konsum-, Bildungs- und Aufstiegschancen und die **Gewährleistung sozialer Sicherheit** richtet. Es ist jedoch nicht mit dem Wunsch zu verwechseln, insgesamt zum Kapitalismus zurückzukehren. Oft werden zwar Dezentralisierung und Marktorientierung verlangt, Forderungen nach Reprivatisierung gelten der Landwirtschaft und kleinen Betrieben, etwa im Einzelhandel und Handwerk, im allgemeinen aber nicht der Großindustrie und dem Finanzwesen.⁴⁹

b) In ihren **politischen Positionen** sind Opposition und Gesellschaft weltanschaulich zersplittert, gemeinsam ist ihnen jedoch weitestgehend die Forderung nach der Gewährung von **Menschenrechten** und der Schaffung einer **autonomen, pluralistischen Gesellschaft**.⁵⁰

c) **Nationale Interessen** können als Ansatz der IVFP nur gelten, wo sie mit Forderungen nach Demokratisierung zusammengehen. Das trifft in der Sowjetunion gegenwärtig vor allem auf die **Föderalisierungsbestrebungen** im Baltikum zu, in den Bündnisstaaten auf die demokratische Opposition insgesamt, die in der Einschränkung der sowjetischen Hegemonie eine Voraussetzung weitergehender Reformen im eigenen Land sieht. Da sie jedoch im allgemeinen dahingekommen ist, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion anzuerkennen, lautet der - in Osteuropa positiv besetzte - Slogan "**Finnlandisierung**", also innenpolitische Souveränität bei außen- und sicherheitspolitischer Anbindung an die UdSSR.

d) Das wichtigste außerbürokratische Entmilitarisierungspotential ist in der **Friedensbewegung** zu sehen, die allerdings nur in der DDR und in Ungarn nennenswerte Ausmaße erreicht hat. Zu ihren zentralen Zielen gehören Atomwaffenfreiheit, Blocküberwindung, Abrüstung, ein ziviler Ersatzdienst und, vor allem in der DDR, eine allgemeine Entmilitarisierung der Sozialisation.⁵¹

e) Abgesehen von spontanen gewaltsamen Ausschreitungen, die immer wieder vorkommen, gehört die **Gewaltfreiheit** zu den Prinzipien der Opposition. Darin spiegelt sich ein Lernprozeß aus den zahlreichen manifesten Krisen wider, in denen die Anwendung von Gewalt nicht nur erfolglos war, sondern auch unter den Protestierenden, vor allem in Ungarn 1956, hohe Opfer forderte.

f) Ein weiteres Ergebnis der Erfahrungen der Opposition ist, daß eine antibürokratische Revolution keinen dauerhaften Erfolg haben kann. Sie strebt daher nach dem Motto der "**selbstbegrenzten Revolution**" graduelle Veränderungen durch Vereinbarungen mit der Bürokratie an.

g) Unbeschadet von Divergenzen im einzelnen sind die demokratischen Kräfte in Osteuropa mit einem **interventionistischen Engagement des Westens** zugunsten ihrer Ziele einverstanden. Wo

⁴⁹ Vgl. u.a. Brunner 1987, 91, Fehér/Heller 1987, 40, Jahn 1982, 208 f. und Meyer 1977, 207 und 209 ff.

⁵⁰ Vgl. u.a. Shtromas 1979, 235 u. Fehér/Heller 1987, 39 ff.

⁵¹ Vgl. den "Berliner Appell" von 1982, die gemeinsame Plattform der DDR-Friedensbewegung, für Ungarn Ehring 1983.

die innenpolitischen Bedingungen repressiv sind, ist der Westen als Ersatzöffentlichkeit und Hebel gefragt, wo sie eine oppositionelle Öffentlichkeit erlauben, wird - wie gegenwärtig in Polen - eine Unterstützung der demokratischen Entwicklung erwartet.

Aus den systemischen Widersprüchen und den konfligierenden Interessen von Herrschenden und Beherrschten ergeben sich schließlich eine Reihe von **Krisenpotentialen**, die sich zu **manifesten Herrschaftskrisen** ausweiten können und damit die deutlichsten Ansatzpunkte der IVFP sind.⁵²

a) Aus den Richtungs- und Machtkämpfen innerhalb der Bürokratie bei der Vakanz der Führungsposition ergibt sich das Potential einer **Nachfolgekrise**. Es ist jedoch als gering einzuschätzen, weil die Führungskonflikte allein, d.h. ohne daß außerbürokratische Faktoren hinzugeschritten wären, in der nachstalinistischen Zeit nie so intensiv waren, daß sie die Herrschaftsausübung zu paralysieren drohten.⁵³

b) Aus den unzureichenden Wohlfahrts- und Friedensleistungen ergibt sich das Potential einer **Performanzkrise**, die sich vor allem aufgrund "relativer Deprivation" (*Gurr*) verschärft, d.h. wenn der auf Wohlstandsteigerung beruhende "ökonomische Gesellschaftsvertrag" gebrochen wird, weil entweder die Wirtschaftsleistung nachläßt oder die Erwartungen der Bevölkerung den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes davonlaufen.

c) Aus der mangelnden Grundrechtsverwirklichung und Legitimität der Herrschaftssysteme resultiert eine latente **Legitimationskrise**, die virulent wird, wenn der Austausch des Führungspersonals und materielle Versprechungen zur Befriedung gesellschaftlicher Proteste nicht mehr ausreichen, sondern Veränderungen im System selbst verlangt werden.

d) Aus dem Konflikt zwischen der sowjetischen Bürokratie und den abhängigen Bürokratien und Gesellschaften folgt das Potential einer **Hegemonialkrise** (und entsprechend aus der Beschneidung der Autonomie von Nationalitäten in der Sowjetunion eine latente **Integrationskrise**). Die Manifestation von Performanz-, Legitimations- und Hegemonialkrisen hängt in den osteuropäischen Bündnisstaaten der Sowjetunion üblicherweise zusammen.

Die IVFP kann gegenüber diesen Krisenpotentialen zwei grundsätzliche Richtungen nehmen:

a) Die (reine) Strategie der **Krisendämpfung** - die in die Strategie des "Wandels durch Annäherung" Eingang gefunden hat - basiert auf der Annahme, daß Demokratisierung und Entmilitarisierung am besten in einem möglichst stabilen System zu erreichen sind. Aufgabe der IVFP wäre also dazu beizutragen, daß die Konflikte und Krisenpotentiale in Osteuropa latent bleiben. Das hieße z.B. durch wirtschaftliche Unterstützung die Performanz des Sozialismus zu verbessern, durch internationale Anerkennung seine Legitimität zu erhöhen und (in der Hegemoniefrage) die Unveränderlichkeit des territorialen und machtpolitischen *status quo* zu garantieren.

⁵² Vgl. Rittberger 1973, 26 und Meyer 1977, 212 ff.
⁵³ Vgl. Bialer 1980, 67.

b) Die (reine) Strategie der **Krisenverschärfung** - die sich in der "Befreiungspolitik" wiederfindet - setzt hingegen voraus, daß Reformen nur unter herrschaftsbedrohendem Druck zustandekommen, so daß die IVFP die Manifestierung von Krisen fördern sollte. Das hieße z.B. die materiellen Erwartungen der osteuropäischen Bevölkerung hochzuschrauben, aber wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern, den sozialistischen Staaten die internationale Anerkennung zu verweigern oder ihre interne Legitimität propagandistisch zu unterminieren und eine Revision des *status quo* zu betreiben.

Die historische Erfahrung legt nun nahe, daß eine erfolgreiche demokratische Systemveränderung in den sozialistischen Staaten folgende **Voraussetzungen** verlangt:

- a) eine **Funktionskrise** des administrativ-ökonomischen Systems, die sich im Rahmen der bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht dauerhaft beheben läßt und/oder
- b) einen **stetigen, aber maßvollen Demokratisierungsdruck einer breiten gesellschaftlichen Koalition**. Aus der Systemkrise muß nicht zwangsläufig eine Demokratisierungsbewegung entstehen, wie die sowjetische Gegenwart zeigt. In Polen aber war es das Bündnis von intellektueller Dissidenz und Arbeitern, von politischer Strategie und Streikmacht, das die Grundlage für die Erfolge der Bewegung von 1980 legte. Die "Stagnation" kann jedoch noch so offensichtlich, die gesellschaftliche Gegenmacht noch so breit und ihr Anliegen noch so maßvoll sein: um dauerhaft erfolgreich zu sein, muß der Krisen- und Demokratisierungsdruck zusätzlich
- d) auf eine **reformbereite Führung** treffen und diese gegenüber ihren konservativen bürokratischen Gegenspielern stärken,
- e) solche Demokratisierungsmaßnahmen veranlassen, die die Reformkräfte im **Bündnis** nicht desavouieren, und
- f) parallele oder weiterreichende **Reformprozesse in der Sowjetunion** vorfinden. (Die Voraussetzungen e und f entfallen natürlich, wenn es sich um die Sowjetunion selbst handelt.)⁵⁴

Diese Voraussetzungen legen für die westliche IVFP eine **Mischung aus krisendämpfenden und krisenverschärfenden Elementen** nahe. Ohne einen gewissen ökonomischen oder sozialen Krisendruck gehen innerbürokratische Reformen nicht über die technokratisch-bürokratische Systemeffektivierung hinaus, entfalten also keine demokratisierende Wirkung. Andererseits werden durch zu hohen Krisendruck veranlaßte revolutionäre Veränderungen in aller Regel gewaltsam unterdrückt. Da der Westen einem gewaltsamen Krisenmanagement keine wirksamen Mittel entgegensetzen kann, ohne zumindest das Risiko eines Krieges in Europa heraufzubeschwören, muß das Schwergewicht der IVFP auf der **Förderung evolutionärer Prozesse** liegen. An dieser Stelle sind allerdings drei einschränkende Bemerkungen angebracht:

- a) Das Problem der "**Dosierung**" von Krisendämpfung und Krisenverschärfung ist ein situationsabhängiges und taktisches, das nicht allgemein bestimmt werden kann. Unabhängig

⁵⁴ Vgl. Mlynář 1988 (Vorwort) und Pelikán 1977, 31.

davon entfalten soziale Bewegungen eine Dynamik, die mit "Dosierungsregela" schwerlich vereinbar ist.

b) Trotz der Grundentscheidung für eine evolutionäre Politik ist zu betonen, daß sich **manifeste Herrschaftskrisen** im Sinne der IVFP nicht als dysfunktional erwiesen haben. Auch wenn der Demokratisierungsstand, der auf dem Höhepunkt der Krise erreicht worden war, in keinem Fall bewahrt werden konnte, sah sich das Regime stets gezwungen, nach der Beendigung der Krise zumindest den materiellen Wünschen der Bevölkerung in höherem Maße Rechnung zu tragen, oft aber auch eine partielle Liberalisierung einzuleiten.⁵⁵ Zum anderen haben die Herrschaftskrisen weder Kriegsgefahren heraufbeschworen noch die Entspannungs- und Kooperationsbereitschaft auf östlicher Seite nachhaltig beeinträchtigt. Für den Westen besteht daher kein friedenspolitisch relevanter Grund, manifeste Krisen zu bedauern oder bändigen zu helfen, zumal sie regelmäßig auf der Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft beruhen. Vielmehr sollte er seinen Einfluß nutzen, um auch in der akuten Krisensituation die Voraussetzungen einer erfolgreichen Reform zu fördern.

c) IVFP ist mehr als **humanitäre Zusammenarbeit oder Einzelfallpolitik**. Der Freikauf von politischen Häftlingen, internationaler öffentlicher Druck zugunsten einzelner Dissidenten oder die Erleichterung der Auswanderung bewirken keine friedensförderliche dauerhafte Änderung innerstaatlicher Strukturen und Prozesse - im Gegensatz z.B. zu einer Entkriminalisierung autonomer politischer Betätigung oder einer allgemeinen Freizügigkeit und Reisefreiheit.

Aus den friedenspolitischen Defiziten und Veränderungspotentialen der sozialistischen Staaten und den gesellschaftlichen Interessen ergeben sich die in Abb. 2 nach drei Ebenen zusammengefaßten **Ziele der IVFP** in den West-Ost-Beziehungen.

Abbildung 2: Die Ziele der IVFP in den West-Ost-Beziehungen

Richtung Ebene	krisenverschärfend	krisendämpfend
Gesellschaft	Menschenrechtspolitik, ökonomische Dezentralisierung, Finnlandisierung, Entmilitarisierung	Gewaltfreiheit Evolution
nationale Bürokratien	(plus) demokratisierende und antimilitaristische Kooperation	(plus) Unterstützung von partieller Demokratisierung und Nationalkommunismus
Sowjetunion (Hegemonialbürokratie)	(plus) Unterstützung nationaler Autonomie in den Bündnisstaaten	(plus) Garantie des territorialen status quo und Rücksicht auf sowjetische Sicherheitsinteressen

⁵⁵ Vgl. Arato 1985, 325; Korbonski 1981, 318; Valenta 1984 und für Polen Zierner 1987, 406 und 408. Am wenigsten gilt dies sicher für die Folgen des "Prager Frühlings".

a) Auf der Ebene der **Gesellschaft** ergibt sich das Basisziel der IVFP, von dem die Ziele auf den anderen Ebenen abgeleitet und dem sie dienlich sind: eine gewaltfreie, evolutionäre und graduelle, zugleich aber den Reformdruck erhöhende Politik der **Menschenrechte** (als Grundlage einer pluralistischen, demokratischen und friedensfähigen Ordnung, als das konsensfähige Programmelement der gesellschaftlichen Opposition und als Voraussetzung für eine wachsende Entfaltung der Demokratisierungs- und Entmilitarisierungspotentiale der sozialistischen Gesellschaften), der **wirtschaftlichen Dezentralisierung und Marktorientierung**, nicht aber Rekapitalisierung (im Hinblick auf die gesellschaftlichen Wohlfahrtsinteressen und die Erfordernisse friedensfördernder Interdependenz), der **Entmilitarisierung** und der **Finnlandisierung** (was zunächst heißt, den Handlungsspielraum der osteuropäischen Bündnisstaaten zu erweitern und die Zwangsmöglichkeiten der Sowjetunion einzuengen).

b) Auf der Ebene der **nationalen Bürokratien** müssen die Basisziele in spezifische Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit übertragen werden. Der Westen sollte grundsätzlich **keine technokratische Kooperation** mit den sozialistischen Staaten suchen. Wirtschaftliche oder wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die vorwiegend dazu dient, die Rationalisierung und Effektivierung der zentralistischen Wirtschaftssysteme sowie die materielle Pazifizierung der Bevölkerung zu erleichtern und damit eigentlich notwendige Reformen zu verzögern, ist kontraproduktiv.

Sinnvoller noch als die Verweigerung technokratischer Kooperation, die eventuell über einer Verschärfung der Performanz- und Legitimationskrise zu wachsendem Reformdruck führen kann, ist die **demokratisierende Kooperation**. Sie versucht die Reformpotentiale unmittelbar zu fördern, ohne auf den Mißerfolg der Technokratie warten zu müssen. Denkbar sind, vor allem für die Wirtschaftskooperation, mehrere Wege, die näherer Untersuchung bedürfen: über eine **Verknüpfung** wirtschaftlicher Unterstützung mit politischen Zugeständnissen, über **Kooperationsgüter**, die Autonomie begünstigen oder erfordern (was oft z.B. von der Informationstechnologie behauptet wird), über ein ausschließlich dezentrales und marktwirtschaftliches **Verfahren** der Kooperation und über ausgewählte **Adressaten** der Kooperation unter den reformistischen Kräften und Institutionen (z.B. Stärkung der dezentralen Wirtschaftseinheiten und Marktelemente in den sich herausbildenden Mischwirtschaften).

Der Grundsatz der **antimilitaristischen Kooperation** fordert, daß die Zusammenarbeit nicht der Effektivierung des innen- wie außenpolitischen Repressionsapparates dienlich sein darf.

Förderungswürdig ist hingegen die Politik der partiellen Demokratisierung und nationalen Autonomie, was für eine krisendämpfende Politik der **Unterstützung reformistischer und nationalkommunistischer Führungen** gegenüber konservativen Kräften in der Bürokratie wie gegenüber revolutionären Bestrebungen in der Gesellschaft spricht. Weil diese Gruppen mit ihrer Reform- und Entspannungspolitik stets unter innerbürokratischem Rechtfertigungs- und außerbürokratischem Erwartungsdruck stehen, sollte der Westen ihnen, wo er kann, zu Erfolgen verhelfen und zugleich die Fortführung der Reformprozesse fördern. Das können zum einen außenpolitische Erfolge - etwa bei der Rüstungskontrolle - sein, aber auch **Bemühungen**, etwa

durch wirtschaftliche Unterstützung den sozialen Druck im Innern abzuschwächen und Umstellungsprozesse abzufedern. Aus der Verbindung der Verweigerung technokratischer Kooperation und der Unterstützung reformistischer Führungen ergibt sich eine Strategie der **Differenzierung** zwischen den konsultativ-autoritären und den demokratisierend-autoritären Staaten Osteuropas.⁵⁶

c) Gegenüber der **sowjetischen Bürokratie** gelten zunächst die gleichen Grundsätze wie für die nationalen Bürokratien. Da allerdings die westliche Unterstützung für reformistische, nationalkommunistische Führungen in Osteuropa zugleich eine Krisenverschärfung für die Sowjetunion bedeuten kann, muß IVFP den **Sicherheitsinteressen** der Sowjetunion Rechnung tragen. Da sie bis heute der wichtigste Grund für die sowjetische Hegemonie sind, können weitreichende Veränderungen in Osteuropa nur von Erfolg gekrönt sein, wenn der *status quo* der Staatsgrenzen und außenpolitisch-militärischen Einflußsphären vom Westen nicht in Frage gestellt wird.

Nach den Zielen westlicher IVFP wende ich mich abschließend der Diskussion ihrer Mittel zu.

6. Strategien der interventionistischen Friedenspolitik

Die Strategien der IVFP lassen sich entsprechend ihrer Handlungsebene und ihrer Handlungsfelder differenzieren. Je nach **Handlungsebene** ergeben sich drei **Modi** der IVFP: die **Direktstrategie**, die **Umweltstrategie** und die **Vorbildstrategie** (Abb. 3). Die **Instrumente** der IVFP kann man hingegen nach vier **Handlungsfeldern** in **politisch-diplomatische**, **militärische**, **wirtschaftliche** und **informationell-kulturelle** unterscheiden. Ordnet man Modi und Instrumente einander zu, ergibt sich eine Matrix wie in Abb. 4.⁵⁷

Die folgende Diskussion der Interventionsstrategien geht nicht auf die einzelnen Beispiele der Übersicht ein, sondern konzentriert sich auf jeweils drei Aspekte der Strategiemodi:

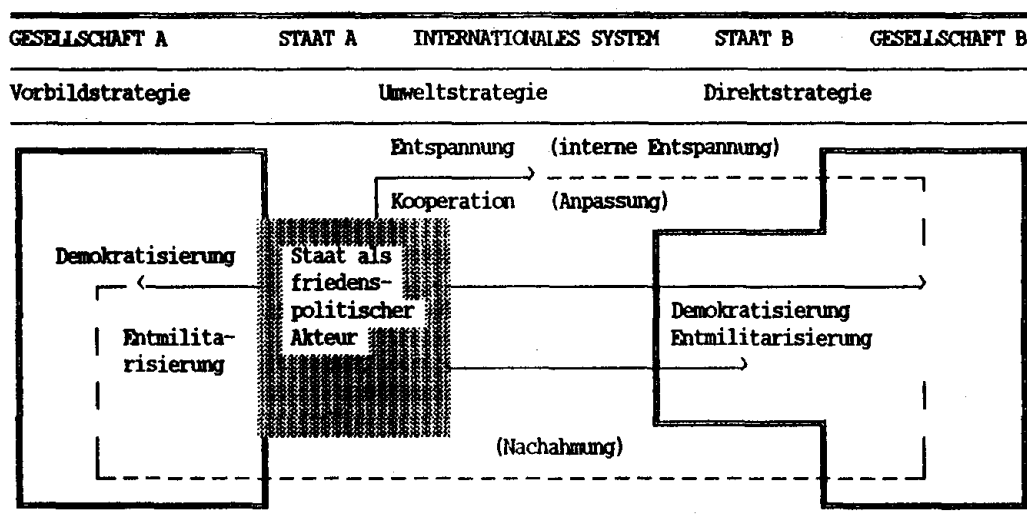
- a) auf die Beschreibung ihrer allgemeinen Wirkungsweise,
- b) auf Bemerkungen zu ihrer Vereinbarkeit mit den normativen Vorgaben und Zielen der IVFP und
- c) einige relativ abstrakte hypothetische Anhaltspunkte zu ihrer Effektivität im Kontext der Ost-West-Beziehungen.⁵⁸

⁵⁶ Die "policy of differentiation" ist der, in der Praxis aber oft restriktiv und manchmal überhaupt nicht befolgte, Leitgedanke der US-Osteuropapolitik seit Ende des "Kalten Krieges".

⁵⁷ Die Matrix beginnt bei der direktesten Strategie und endet bei der indirektesten. Die Beispiele stammen aus den Ost-West-Beziehungen oder könnten dort Anwendung finden.

⁵⁸ Um diese Anhaltspunkte zu bekommen, bietet es sich an, die Basisziele der IVFP als Probleme des Politikfeldes "Herrschaft" in den Ost-West-Beziehungen zu verstehen und dessen strukturelle Merkmale (Problemstruktur, Machtstruktur, Situationsstruktur und normativ-institutionelle Faktoren) zu untersuchen. Vgl. Efinger/Rittberger/Zürn 1988, Rittberger/Wolf 1988 und Zürn 1987.

Abbildung 3: Die Wirkungsweise der Strategiemodi der IVFP





Die **Direktstrategie** greift unmittelbar in die internen Prozesse des Zielstaates ein. Zumeist unter Umgehung der diplomatischen Kanäle sucht sie den direkten Weg zu den Akteuren innerstaatlicher Politik und unterstützt die Träger von Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen. Wer die Direktstrategie verfolgt, macht sich zum innerstaatlichen Konfliktakteur, so daß man die Direktstrategie auch unter den Begriff der Subversion fassen kann. Obwohl diese Strategie stets mit Druck gegenüber dem Staatsapparat des Konfliktgegners und damit an der Grenze des Unzulässigen operiert, muß nur die militärische Direktstrategie ganz aus dem Repertoire der IVFP verbannt werden. Allerdings wird auch die gewaltlose Subversion durch Fremdstaaten gewöhnlich als feindlicher Akt wahrgenommen und beeinträchtigt leicht die internationale Friedenspolitik.

Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit der Direktstrategie in den Ost-West-Beziehungen. Ihre erfolgreiche Anwendung erfordert nämlich eine eklatante Überlegenheit des intervenierenden Staates in der allgemeinen Machtstruktur. Sie muß soweit reichen, daß der Zielstaat weder in der Lage ist, die unmittelbare Einmischung zu unterbinden noch sich gegen eine Koalition zwischen dem intervenierenden Staat und der innerstaatlichen Opposition zu behaupten. Über eine solche **allgemeine Hegemonie** verfügt der Westen gegenüber Osteuropa offensichtlich nicht. Dies gilt umso mehr, als dem Westen im Rahmen der IVFP die Androhung oder Anwendung von Gewalt untersagt ist, während die östliche Seite im Extremfall über das interne Gewaltmonopol verfügt.⁵⁹

⁵⁹ Die spieltheoretische Untersuchung der Situationsstruktur im Problemfeld "Herrschaft" der Ost-West-Beziehungen bestätigt dieses Bild. Es ergibt sich zwischen Ost und West das asymmetrische Spiel "Bully" (Snyder/Diesing 1977), in dem der Osten die Kooperationsverweigerung (D) als dominante Strategie besitzt und seine höchste Präferenz immer durchsetzen kann.

Abbildung 4: Modi und Instrumente der IVFP

Mittel Modi	politisch- diplomatische	militärische	wirtschaftliche	informationell- kulturelle
Direkt- strategie	Druck auf Regierung, Protest, Unterredungen und Absprachen mit Opposition	Mobilisierung, Invasion, Waffenlieferung	Freikauf, finanzielle und sachliche Unterstützung der Opposition	Emigrantensender, Einschleusen verbotener Druckerzeugnisse, Propaganda
Umwelt- strategie - direkte	internationale Menschenrechtsregime, Menschenrechtskonferenzen	Interventionsverbote, Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung	zweckgebundene Hilfszahlungen, Abkommen über Wirtschaftsordnung	Abkommen über Informationsfreiheit, Schulbuchkommissionen
- negative Direkt- verknüpfung	eingeschränkte Beziehungen, Isolierung	Bedingungen für Abrüstung, Überlegenheit	Wirtschaftssanktionen, Embargos, Monopolbildung	Bedingungen für Kulturbeziehungen, Kultureinfluß
- positive Direkt- verknüpfung	überproportionale diplomatische Konzessionen, Verzicht auf Ansprüche	überproportionale Rüstungsbegrenzung/Abrüstung, Inkaufnahme von Unterlegenheit	wirtschaftliche Zugeständnisse, nachteilige Austauschverhältnisse	überproportionale Zugeständnisse/Leistungen beim Kultur-/Informationsaustausch
- indirekte Verknüpfung	Ausweitung von Beziehungen und Kooperation, internationale Organisationen	Abrüstung/ Rüstungskontrolle entmilitarisierte Zonen, VSBM	wirtschaftliche Verflechtung, Wirtschaftsorganisationen, joint ventures	Kulturaustausch, zwischenmenschliche Kontakte, Städtepartnerschaften
- indirekte	keine expansionistischen oder revisionistischen außenpolitischen Ziele	unilaterale Ab- und defensive Umrüstung, Änderung der Militärdoktrin	Abbau von Handelsbeschränkungen, Außenorientierung der Wirtschaft	Abbau von Reise- und Kontaktbehinderungen, Friedenskultur, Empathie
Vorbild- strategie	Demokratie, Autonomie, Partizipation, Stabilität, Reformfähigkeit	innergesellschaftliche Entmilitarisierung, Rüstungskonversion	Wohlstand, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung	demokratische und pluralistische Öffentlichkeit, Transparenz, Toleranz

 bedingt zulässig
 unzulässig

Die Umweltstrategie nutzt die zwischenstaatlichen Austausch- und Verhandlungsprozesse, um zugunsten innerstaatlicher Demokratisierung und Entmilitarisierung zu intervenieren. Ihr Ziel ist

es, einerseits durch internationale Entspannung zur internen Entspannung beizutragen und andererseits den Konfliktgegner durch Kooperation und die Schaffung von Interdependenzen zur Anpassung an bestimmte Demokratie- und Entmilitarisierungsstandards zu bewegen. Die Umweltstrategie kann in drei Typen unterteilt werden: die direkte und die indirekte Umweltstrategie sowie die Verknüpfungsstrategien.

Die **direkte Umweltstrategie** umfaßt die gesamte internationale Kooperation und Normbildung, die die internen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse unmittelbar zum Gegenstand hat. Anders als die Direktstrategie arbeitet sie nicht gegen die Regierung eines anderen Staates oder an ihr vorbei, sondern bedient sich im allgemeinen des Mittels zwischenstaatlicher Abkommen.

Die direkte Umweltstrategie bedarf daher keiner besonderen Einschränkungen, erfordert aber kooperationsaugliche und -förderliche Gegenstände. Herrschaftsfragen zählen im Ost-West-Verhältnis jedoch in der Regel nicht dazu, weil sie zum einen den Wertekonflikten und zum anderen den nationalen Problemen zuzuordnen sind. **Wertekonflikte** gelten als höchst kooperationsabträglich.⁶⁰ Wie und zu welchem Zweck Herrschaft ausgeübt werden soll, nach welchen Prinzipien Staat, Gesellschaft und Wirtschaft geordnet sein sollen, darüber besteht zwischen liberaldemokratischen und sozialistischen Staaten traditionell eine grundlegende Positionsdifferenz. Diese Positionsdifferenz schwindet zwar mit der zunehmenden Demokratisierung in den reformorientierten sozialistischen Staaten, doch erfordert zwischenstaatliche Kooperation nicht nur einen regelungsfähigen Gegenstand, sondern auch, daß ihr Ausbleiben für beide Seiten eine mangelnde Interessendurchsetzung oder Problemlösung zur Folge hätte. Nun ist aber Herrschaft in der Regel ein **nationales Problem**, zu dessen optimaler Bearbeitung der Staat in erster Linie der Loyalität der Beherrschten und nicht internationaler Zusammenarbeit bedarf. Auch verfügt nur die Gesellschaft - durch kollektive Gehorsamsverweigerung -, nicht aber ein anderer Staat über Mittel der Sanktionierung staatlichen Verhaltens im gleichen Politikfeld. Führt ein Staat beispielsweise die Pressezensur ein, kann er nicht zur Rücknahme dieser Maßnahme bewogen werden, indem ein anderer Staat das gleiche tut. Kurz: Im Politikfeld "Herrschaft" fehlt die internationale Reziprozität.⁶¹

Angesichts dieser Problemstruktur könnte der Westen die sozialistischen Staaten auch hier nur durch ein klares Übergewicht in der Machtstruktur zur Kooperation zwingen. Da aber die allgemeine Machtstruktur durch eine ungefähre Parität gekennzeichnet ist, bliebe nur der Ausweg über die **systempolitische Hegemonie**.⁶² In der Tat dominieren liberaldemokratische Vorstellungen nicht nur die internationale Normierung von Herrschaft (z.B. in der Menschenrechtskodifikation der VN), sondern verfügen auch in weiten Teilen Osteuropas über großen Einfluß. Zumindest

⁶⁰ Vgl. Efinger/Rittberger/Zürn 1988, 93 ff.

⁶¹ Vgl. Donnelly 1986, 617 ff. und Rittberger 1988, 26. Allenfalls die innergesellschaftliche Entmilitarisierung könnte der direkten Umweltstrategie zugänglich sein, weil sie in beiden Systemen nicht zum Kernbereich der Herrschaft zählt und außerdem eine gewisse Reziprozität aufweist.

⁶² Die "systempolitische Hegemonie" bezeichnet eine extrem ungleiche Machtverteilung in der *issue area structure* des Politikfeldes "Herrschaft".

die ostmitteleuropäischen Gesellschaften ziehen die westliche Herrschaftsform und -praxis der sozialistischen im allgemeinen vor und fordern Herrschaftsreformen im liberaldemokratischen Sinne. Gesellschaftliche Entwicklungen im Westen - von politischen Ideen über soziale Bewegungen bis zu flüchtigen Moden - werden in Osteuropa mit einer gewissen Zeitverschiebung übernommen. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß der Westen sein systempolitisches Machtpotential auch in tatsächliche Macht gegenüber den sozialistischen Führungen umsetzen kann. Dazu müßte die osteuropäische Opposition vom Westen so steuerbar sein, daß sie sich zunächst wirksam gegen die Bürokratie mobilisieren und nach der gemeinsamen Vereinbarung von Herrschaftsreformen wieder ruhigstellen ließe. Nun ist die osteuropäische Opposition aber offensichtlich keine Marionette des Westens, sondern eine autonome Kraft, in deren Kalkül der Westen nur eine, aber keine zentrale Rolle spielt. So blieben der direkten Umweltstrategie wahrscheinlich allenfalls indirekte Wirkungen, die den normativ-institutionellen Faktoren zuzurechnen sind: Die internationalen Menschenrechtsabkommen beispielsweise haben zwar tendenziell nichts an der osteuropäischen Herrschaftspraxis geändert, aber zum einen den internen Oppositionsbewegungen eine Berufungsgrundlage für ihre Aktivitäten und Forderungen gegeben und zum anderen über die mit ihnen verbundenen Überprüfungsverfahren eine begrenzte internationale Öffentlichkeit hergestellt, die die sozialistischen Staaten zumindest unter Rechtfertigungsdruck setzt.

Die **Verknüpfungsstrategien** werden in allen Austausch- und Verhandlungsprozessen eingesetzt, bei denen es nicht unmittelbar um die internen Herrschaftsverhältnisse geht. Allerdings stellen sie explizite oder implizite Zusammenhänge mit dem Politikfeld "Herrschaft" her (*issue linkage*). Ihr Vorteil gegenüber der direkten Umweltstrategie liegt daher darin, daß sie das substantieller internationaler Kooperation kaum zugängliche Politikfeld "Herrschaft" mit Politikfeldern verbinden, in denen **internationale Probleme** und **andere Konflikttypen als Wertekonflikte** vorherrschen.

Die **direkte Verknüpfung** macht Austauschbeziehungen von Vor- oder Parallelleistungen des Austauschpartners bei der internen Demokratisierung und Entmilitarisierung abhängig. Sie unterteilt sich in eine positive und eine negative Variante, die sich wie "Zuckerbrot und Peitsche" zueinander verhalten.

Die **negative Direktverknüpfung** droht mit der Verweigerung, dem Abbruch, der Einschränkung oder der Verschlechterung von Austauschbeziehungen, falls sich der Austauschpartner den geforderten innenpolitischen Leistungen verweigert. Daher muß sie auf die Überlegenheit des intervenierenden Staates im jeweiligen Politikfeld gegründet sein. Sie verlangt nicht nur, daß der Konfliktgegner z.B. diplomatisch isoliert, militärisch schwächer, wirtschaftlich abhängig oder kulturell unterlegen ist, sondern auch, daß der intervenierende Staat eine Schlüsselrolle bei der Beseitigung dieser Defizite spielt, also über eine militärische, wirtschaftliche oder kulturelle Hegemonie verfügt, von der er einen Teil gegen interne Veränderungen beim Konfliktgegner eintauschen kann.

Damit wird die negative Direktverknüpfung jedoch zugleich normativ fragwürdig. Der Druck, den der intervenierende Staat notwendigerweise ausüben muß, um zum Ziel zu gelangen, kann entweder leicht in Zwang umschlagen oder zur Verhinderung oder erheblichen Beeinträchtigung von Kooperation führen. Mit einer assoziativen Strategieorientierung ist die negative Direktverknüpfung also nur bedingt vereinbar, in ihrer militärischen Variante sogar gänzlich unzulässig. Das dazu notwendige Streben nach militärischer Überlegenheit wäre friedenspolitisch ebenso kontraproduktiv wie die Bindung von Rüstungskontrolle oder Abrüstung an die Innenpolitik des Konfliktgegners.

Die von der negativen Direktverknüpfung verlangte westliche Hegemonie könnte anhand des deutlichen Leistungs- und Technologievorsprungs der westlichen Ökonomien eventuell bei der **Wirtschaftskooperation** wirksam werden. Allerdings ist die osteuropäische Unterlegenheit nicht derart, daß sich in der Vergangenheit westliche Wirtschaftssanktionen als effektiv erwiesen hätten. Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen wächst außerdem mit dem Grad der ökonomischen Verflechtung, die jedoch wiederum Interdependenzen schafft, die Sanktionen auch für den intervenierenden Staaten sehr kostspielig machen. Darüber hinaus kommt hier allem Anschein nach eine **Hierarchie der Politikfelder** ins Spiel, in der Herrschaft die oberste Position einnimmt: die sozialistischen Staaten wären demnach wohl eher gewillt, ökonomische Einbußen in Kauf zu nehmen, als sich einer expliziten westlichen Einmischung zu beugen und unter Druck ihre Herrschaftsausübung zu modifizieren.

Die gleichen Einschränkungen gelten für die **positive Direktverknüpfung**, obwohl sie Kooperation und Innenpolitik durch Anreiz statt durch Druck zu verbinden sucht. Hier nimmt der intervenierende Staat im jeweiligen Politikfeld nachteilige Austauschverhältnisse in Kauf, falls der Kooperationspartner bereit ist, sie durch Leistungen beim internen Gewaltabbau aufzuwiegen. Die Gefahr der Ausübung von Zwang besteht bei diesem Modus zwar nicht, doch kann auch er Kooperation verhindern, wenn entweder der intervenierende Staat an die Grenze seiner Nachgiebigkeit gelangt oder sein Verhandlungspartner auch auf noch so günstige Angebote hin nicht bereit ist, seine Innenpolitik wie gefordert anzupassen, was angesichts der erwähnten Resistenz des Politikfeldes "Herrschaft" gegenüber *trade-offs* sehr wohl möglich ist.

Für die direkte Verknüpfung insgesamt gilt, daß die Verweigerung oder der Abbruch von Beziehungen (z.B. Verweigerung der diplomatischen Anerkennung, Wirtschaftsboykott) unzulässig ist, ihre Intensität jedoch der Güterabwägung unterliegt. Sie kann und soll an Konditionen geknüpft werden, wo immer dies erfolgsversprechend und verhältnismäßig ist.

Die **indirekte Verknüpfungsstrategie** macht Demokratisierung und Entmilitarisierung nicht zur Voraussetzung der Kooperation, sondern erwartet sie als deren - in der Regel längerfristige, implizite und eher diffuse - Folge. Statt auf kalkulierte Einzelaktionen setzt sie auf demokratisierende Nebeneffekte, die entweder durch die Kooperation selbst oder das Interesse des Partners an deren Fortführung oder Ausbau hervorgerufen werden. So haben etwa Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen oder entmilitarisierte Zonen die IVFP-relevante

Nebenwirkung, die Möglichkeiten gewaltsamer Interventionen in Osteuropa zu begrenzen. Intensive Kontakte und Austauschbeziehungen beschleunigen den auf der systempolitischen Hegemonie des Westens beruhenden Ideentransfer und schaffen Interdependenzen, die sich aus Rücksicht auf die westlichen Kooperationspartner mäßigend auf das Herrschaftsverhalten auswirken können.

Eben weil sie indirekt, langfristig angelegt und diffus sind, ist die Wirksamkeit der indirekten Verknüpfungsstrategie und der folgenden noch indirekteren Strategien nur schwer abzuschätzen oder nachzuweisen. Sie haben jedoch alle den Vorteil, von der Regierung des Zielstaates nicht als Einmischung wahrgenommen zu werden und nicht in Gewalt oder Kooperationsverhinderung umzuschlagen. Allerdings unterliegt v.a. die wirtschaftliche indirekte Verknüpfung stets der Gefahr, kurzfristig zur Stabilisierung interner Gewalt beizutragen.

Durch die - im Gegensatz zu den zuvor genannten - unilaterale **indirekte Umweltstrategie** versucht der Staat, durch die einseitige Reduzierung seiner Drohposition und seiner Gewaltimpulse für eine Entspannung der internationalen Beziehungen zu sorgen, in der Erwartung, daß sich diese Entspannung gewaltmindernd im System des Konfliktgegners auswirkt.

Die Geschichte der Ost-West-Beziehungen legt in der Tat die - sich aus der Hypothese des Zusammenhangs von externer und interner Gewalt ergebende - Vermutung nahe, daß die Entspannung im allgemein ein notwendiges Komplement, aber keine hinreichende Bedingung von Reformen und Emanzipationsbestrebungen in Osteuropa ist. Einerseits zeichneten sich Phasen des "Kalten Krieges" oder erhöhter Ost-West-Spannungen ebenso durch verstärkte Repression aus, wie die wachsende gesellschaftliche und bündnispolitische Autonomie stets mit Phasen der (relativen) Entspannung zusammenfiel. Andererseits führte die Entspannung weder in den siebziger Jahren noch seit Mitte dieses Jahrzehnts zu Reformen in sämtlichen osteuropäischen Ländern.

Die ebenfalls unilaterale **Vorbildstrategie** ist im wesentlichen mit der internen Friedenspolitik deckungsgleich. Ihr liegt das Kalkül zugrunde, daß Demokratisierung und Entmilitarisierung "zu Hause", die zu einem stabilen Staat mit friedlichem inneren Konfliktaustrag, breiten Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger und dementsprechend hoher Legitimität führen, auf andere Staaten ausstrahlen und sie zu ähnlichen Reformen veranlassen, sei es daß die politischen Eliten einzelne Problemlösungen übernehmen, sei es daß die Gesellschaft auf vergleichbare Leistungen des eigenen Staates drängt.

Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Strategie sind die systempolitische Hegemonie der intervenierenden Seite und ausreichende Informationskanäle, durch die die Gesellschaft der anderen Seite von der "Vorbildlichkeit" erfährt. Beide sind in den West-Ost-Beziehungen gegeben, mit zunehmend dichteren Informationsmöglichkeiten, je näher ein Land an der Systemgrenze liegt. Gerade das Beispiel der von der systempolitischen Hegemonie besonders

betroffenen DDR zeigt jedoch, daß die Vorbildstrategie zwar einen erheblichen Druck entfalten kann, aber keinen Erfolgsautomatismus in sich birgt.⁶³

Aus theoretisch-normativer Sicht sollte die Strategie vorrangig eingesetzt werden, die am direktesten auf die Innenpolitik des Konfliktgegners einwirkt, am meisten auf Freiwilligkeit und Anreize setzt und geeignet ist, die anderen friedenspolitischen Ziele parallel zu fördern. Der in Abb. 5 gebotenen Übersicht und Rangfolge gemäß, müßte die direkte Umweltstrategie oberste **Priorität** erhalten, weil sie die Ziele aller drei Teilpolitiken verbindet: durch freiwillige Kooperation unmittelbar auf Demokratisierung und Entmilitarisierung in allen beteiligten Staaten hinzuwirken.

Abbildung 5: Bewertung der Modi der IVFP

	Unmittelbarkeit der Wirkung	Art der Einwirkung	Parallelität zu anderen Teilpolitiken		
direkte Umweltstrategie	direkt + +	Freiwilligkeit	G: +	K: +	I: +
indirekte Verknüpfung	indirekt -	Anreiz	G: +	K: +	I: -
pos. Direktverknüpfung	direkt +	Anreiz	G: +	K: ±	I: -
indirekte Umweltstrategie	indirekt -	Anreiz	G: +	K: -	I: +
Vorbildstrategie	indirekt - -	Anreiz/Druck	G: -	K: -	I: +
neg. Direktverknüpfung	direkt +	Druck	G: ±	K: ±	I: -
Direktstrategie	direkt + +	Druck	G: -	K: -	I: -

G: Gewaltverzicht, K: Kooperation, I: interne Friedenspolitik

Die Überlegungen zur **Wirksamkeit** der Strategiemodi reichen nicht aus, um eine Tabelle wie die zur Bewertung der Modi zu erstellen, genügen aber für einige **zusammenfassende Bemerkungen** zur IVFP in den West-Ost-Beziehungen:

- a) Die Strukturen und der Stellenwert des Politikfeldes "Herrschaft" in den Ost-West-Beziehungen lassen die **Wirksamkeit** westlicher IVFP als eher **gering und indirekt** erscheinen.
- b) Die friedentheoretisch und normativ optimale direkte Umweltstrategie allein verheißt daher keinen unmittelbaren Erfolg. Sinnvoller ist ein **Strategie-Mix**, der sich auf solche Modi und Mittel konzentriert, die die Stärken des Westens zur Geltung bringen: seine **systempolitische** und seine **wirtschaftlich-technologische Überlegenheit**.

⁶³ Vgl. die noch indirektere und zurückhaltendere Strategie der "gewinnfreien Werbung" bei Czempiel 1975, 178 ff.

c) Der Einfluß des Westens reicht jedoch in der Regel nicht aus, um von außen Veränderungen gegen die sozialistischen Führungen durchzusetzen. Erfolgversprechender als eine aktive und gezielte Einmischung durch Druck scheint eine **teils reaktive, teils indirekte Einwirkung** zu sein, die auf die ständige unterschwellige Krisenverschärfung durch den systempolitischen Einfluß des Westens vertraut und wirtschaftlich-technologische Unterstützung zugleich als Anreiz und als Belohnung für demokratische Reformen einsetzt.

Das legt eine **Doppelstrategie** der IVFP in den West-Ost-Beziehungen nahe:

a) Der indirekte Part fällt der **Vorbildstrategie** und der **entspannungsorientierten indirekten Umweltstrategie** zu. Mit ihrer simultanen Krisenverschärfung und Krisendämpfung bilden sie das unilaterale Fundament der IVFP: Einerseits erhöht das stets gegenwärtige Beispiel des liberaldemokratischen und wohlhabenden Westens den Reformdruck auf die Parteiführungen, andererseits trägt die Entspannungspolitik den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten Rechnung und erlaubt es ihnen, sich auf ihre inneren Probleme zu konzentrieren. Andere Strategieelemente ergänzen dieses Fundament: Den Vorbildeffekt können die informationelle Direktstrategie und die normativ-institutionellen Nebenwirkungen der direkten Umweltstrategie fördern. Die kooperationsorientierte indirekte Verknüpfung verstärkt sowohl den Vorbild- als auch den Entspannungseffekt, sollte aber ebenso dem anderen Teil der Doppelstrategie angepaßt sein.

b) Der reaktive Part fällt der **differenzierten Kooperation** zu, die im wesentlichen dazu gedacht ist, über die wirtschaftliche Direktverknüpfung die Ziele der demokratisierenden und antimilitaristischen Kooperation zu erreichen. Reaktiv ist sie deshalb, weil sie, ausgehend von der mangelnden Durchsetzbarkeit wirtschaftlicher Druckmaßnahmen, ein ständiges Angebot des Westens zu wirtschaftlich-technologischer Zusammenarbeit und Unterstützung aufrechterhält, diese aber von der Bereitschaft der sozialistischen Staaten zu reformatorischen Vorleistungen, Verfahren und Ergebnissen der Kooperation abhängig macht und somit einen externen Anreiz für interne Veränderungen schafft. Sie ist differenzierend, weil sie im Sinne der positiven Verknüpfung bereit ist, die Demokratisierung und Entmilitarisierung zu subventionieren, jedoch im Sinne der negativen Verknüpfung wirtschaftliche Kooperation verweigert, die die autoritären und militaristischen Staaten oder die autoritären und militaristischen Züge der sich reformierenden Systeme stabilisiert. Die Differenzierung betrifft also zum einen (konsultativ-autoritäre und demokratisierende) Staaten, zum anderen einzelne Kooperationsprojekte innerhalb der Staaten. Sie versucht außerdem, das Kooperationsdilemma der IVFP in der Art zu mindern, daß einerseits eine gewaltstabilisierende Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft unterbleibt, der für die Herrschaftssicherung und das Krisenmanagement der sozialistischen Staaten am wichtigsten ist und in dem sie das größte Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Westen besitzen. Andererseits bleiben die übrigen Bereiche (v.a. Sicherheit) für friedensförderliche Kooperation offen.

Ausblick

Während diese Zeilen geschrieben werden, überrollen in Peking Panzer friedlich demonstrierende Studenten, erlebt die Sowjetunion die Premiere einer offenen parlamentarischen Debatte, steht die polnische Opposition vor einem triumphalen Wahlsieg und wehrt die SED-Führungsriege in der DDR weiterhin jegliche Reformen ab. In jedem dieser Fälle stehen die westlichen außenpolitischen Eliten vor der Frage nach einer angemessenen und effektiven Reaktion. Dieses Papier kann - und sollte auch - keine fertigen Rezepte für eine westliche Politik liefern. Ich hoffe aber, daß es die theoretische, normative, analytische und strategische Dimension einer solchen Politik verdeutlichen und einige Grundorientierungen für die IVFP in den West-Ost-Beziehungen geben kann.

Anstatt diese Dimensionen und Orientierung noch einmal zusammenzufassen, möchte ich abschließend einige Punkte nennen, die in besonderem Maße weiterer Untersuchung bedürfen:

a) Die Forschung über Kriegsursachen und Friedensbedingungen auf der staatlichen und gesellschaftlichen Ebene ist bisher nicht ausreichend entwickelt, um IVFP auf eine akzeptable wissenschaftliche Grundlage zu stellen und vom Odium einer ideologisch motivierten Politik zu befreien. Es ist vor allem vonnöten, die Variable "Demokratie" so zu desaggregieren, daß zum einen deutlich wird, welche Merkmale der liberaldemokratischen Staaten für ihre Friedensfähigkeit untereinander und welche für ihre mangelnde Friedlichkeit gegenüber Staaten anderen Systems ausschlaggebend sind.

b) Von Fortschritten bei der Bestimmung friedensrelevanter interner Systemmerkmale ist es auch abhängig, ob und inwieweit die friedensbezogene Systemanalyse und der friedensbezogene Systemvergleich weiterentwickelt und analytisch verfeinert werden können.

c) Für die Strategiebildung der IVFP ist es unerlässlich, die hier vorgestellte Typologie der Modi und Instrumente auf ihre Angemessenheit und die vermuteten Wirkungen ihrer einzelnen Elemente anhand einer empirischen Analyse der bisherigen westlichen IVFP zu prüfen.

d) Darüber hinaus erscheint es mir allgemein sinnvoll, dem in der Disziplin der "Internationalen Beziehungen" im Vergleich zu sicherheitspolitischen und außenwirtschaftlichen Problemen bislang vernachlässigten Politikfeld "Herrschaft" größere Aufmerksamkeit zu schenken.

LITERATUR

Adomeit, Hannes 1979: Soviet Foreign Policy Making: the Internal Mechanisms of a Global Commitment. In: Foreign Policy Making in Communist Countries. A Comparative Approach. Hrsg.: Hannes Adomeit, Robert Boardman. Westmead, S. 15-48.

Arato, Andrew 1985: Some Perspectives of Democratization in East Central Europe. In: Journal of International Affairs 38:2, S. 321-335.

Aspaturian, Vernon V. 1979: Gibt es einen militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion?. In: Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen. Hrsg.: Dieter S. Lutz. Baden-Baden, S. 231-272.

Beitz, Charles R. 1979: Political Theory and International Relations. Princeton.

Beyerlin, Ulrich 1979: Menschenrechte und Intervention. Analyse der west-östlichen Menschenrechtskontroverse von 1977/78. In: Zwischen Intervention und Zusammenarbeit. Interdisziplinäre Arbeitsergebnisse zu Grundfragen der KSZE. Hrsg.: Bruno Simma, Edda Blenk-Knocke. Berlin, S. 157-199.

Bialer, Seweryn 1980: Stalin's Successors. Leadership, Stability, and Change in the Soviet Union. New York.

Bialer, Seweryn 1986: The Soviet Paradox: External Expansion, Internal Decline. New York.

Brown, James F. 1987: Soviet Interests and Policies in Eastern Europe. In: Soviet-East European Relations as a Problem for the West. Hrsg.: Richard D. Vine. London etc., S. 43-72.

Brunner, Georg 1987: Demokratisierungspotentiale und politisches Homogenitätsgebot im sowjetischen Hegemonialbereich. In: Internationale Politik und der Wandel von Regimen. Hrsg.: Gesine Schwan. Köln etc., S. 77-99.

Campbell, John C. 1984: Soviet Policy in Eastern Europe: An Overview. In: Soviet Policy in Eastern Europe. Hrsg.: Sarah Meiklejohn Terry. New Haven, London, S. 1-31.

Cottam, Martha; Rowe, Tom 1988: Intervention Decisions: the Interaction of Situational and Psychological Factors. Univ. of Denver, Graduate School of International Studies, Ms..

Czempiel, Ernst-Otto 1972: Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung. Mainz, München.

Czempiel, Ernst-Otto 1975: Friede als Strategie für Systemwandel. In: Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt. Hrsg.: Manfred Funke. Bonn, S. 177-199.

Czempiel, Ernst-Otto 1976: Friedenspolitik im Südlichen Afrika. Eine Strategie für die Bundesrepublik Deutschland. München, Mainz.

Czempiel, Ernst-Otto 1981: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell. Paderborn usw..

Czempiel, Ernst-Otto 1986: Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft. Paderborn.

Czempiel, Ernst-Otto 1987: Gewaltfreie Intervention zugunsten von Demokratisierungsprozessen. In: Internationale Politik und der Wandel von Regimen. Hrsg.: Gesine Schwan. Köln etc., S. 55-75.

Donnelly, Jack 1986: International Human Rights: a Regime Analysis. In: International Organization 40:3, S. 599-642.

Doyle, Michael W. 1983: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs. In: Philosophy and Public Affairs 12, S. 205-235 und 323-353.

- Efinger, Manfred; Rittberger, Volker; Zürn, Michael 1988: Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte. Frankfurt.
- Ehring, Klaus 1983: "Wie Schafe unter Wölfen". Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn. In: Osteuropa 33:8, S. 597-612.
- Fehér, Ferenc; Heller, Agnes 1987: Eastern Left, Western Left. Totalitarianism, Freedom and Democracy. Cambridge.
- Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg.
- Galtung, Johan 1982: Anders verteidigen. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung 2. Reinbek bei Hamburg.
- Gantzel, Klaus Jürgen 1972: System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegursachenforschung. Düsseldorf.
- Garrett, Stephen A. 1986: From Potsdam to Poland. American Policy toward Eastern Europe. New York etc..
- Gati, Charles 1989: Eastern Europe on Its Own. In: Foreign Affairs 68:1, S. 99-119.
- Glaeßner, Gert-Joachim 1982: Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung. Opladen.
- Gordon, Lincoln (Hrsg.) 1987: Eroding Empire. Western Relations with Eastern Europe. Washington.
- Holloway, David 1983: The Soviet Union and the Arms Race. New Haven, London.
- Holloway, David 1984: War, Militarism, and the Soviet State. In: Search for Sanity. The Politics of Nuclear Weapons and Disarmament. Hrsg.: Paul Joseph, Simon Rosenblum. Boston, S. 319-341.
- Jahn, Egbert 1982: Bürokratischer Sozialismus: Chancen der Demokratisierung? Einführung in die politischen Systeme kommunistischer Länder. Frankfurt.
- Kaldor, Mary; Holden, Gerard; Falk, Richard (Hrsg.) 1989: The New Detente. Rethinking East-West-Relations. London, New York, Tokyo.
- Kolkowicz, Roman 1981: The Military and Soviet Foreign Policy. In: Journal of Strategic Studies 4:4, S. 337-355.
- Kolkowicz, Roman 1984: Die politische Rolle des sowjetischen Militärs. In: Außenpolitik 35:4, S. 357-372.
- Korbonski, Andrzej 1981: Eastern Europe as an Internal Determinant of Soviet Foreign Policy. In: The Domestic Context of Soviet Foreign Policy. Hrsg.: Seweryn Bialer. Boulder, S. 313-332.
- Kovrig, Bennett 1973: The Myth of Liberation: East-Central Europe in U.S. Diplomacy and Politics since 1941. Baltimore.
- Kuebart, Friedrich 1987: Patriotische Wehrerziehung in der Sowjetunion. In: Die Sowjetunion als Militärmacht. Hrsg.: Hannes Adomeit, Hans-Hermann Höhmann, Günther Wagenlehner. Stuttgart etc., S. 73-89.
- Kuhr, Eberhard 1984: Wider die Militarisierung der Gesellschaft: Friedensbewegung und Kirche in der DDR. Melle.

Larrabee, F. Stephen 1986: Soviet Policy toward Eastern Europe: Interests, Instruments, and Trends. In: *Soviet Foreign Policy in a Changing World*. Hrsg.: Robbin F. Laird, Erik P. Hoffmann. New York, S. 531-548.

Legvold, Robert 1989: The Revolution in Soviet Foreign Policy. In: *Foreign Affairs* 68:1, S. 82-98.

Marer, Paul 1976: Has Eastern Europe Become a Liability to the Soviet Union? (II) -The Economic Aspects. In: *The International Politics of Eastern Europe*. Hrsg.: Charles Gati. New York, S. 59-81.

Marer, Paul 1984: East European Economies: Achievements, Problems, Prospects. In: *Communism in Eastern Europe*. Hrsg.: Teresa Rakowska-Harmstone. Bloomington, S. 283-328.

Maoz, Zeev; Abdolali, Nasrin 1989: Regime Types and International Conflict, 1816-1976. In: *Journal of Conflict Resolution* 33:1, 3-35.

Meier, Christian 1987: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - Wirtschaftsgemeinschaft oder Instrument sowjetischer Hegemonialpolitik?. In: *Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche, Kontinuitäten, Perspektiven*. Hrsg.: Gerhard Simon. Köln, S. 197-210.

Mendler, Martin; Schwegler-Rohmeis, Wolfgang 1988: Auf dem Weg zu einer allgemeinen Theorie der Kriegsursachen? Ein Literaturbericht zum Stand der Forschung. In: *Krieg in der Dritten Welt. Theoretische und methodische Probleme der Kriegsursachenforschung - Fallstudien*. Hrsg.: Klaus Jürgen Gantzel. Baden-Baden, S. 199-289.

Meyer, Gerd 1977: Bürokratischer Sozialismus. Eine Analyse des sowjetischen Herrschaftssystems. Stuttgart-Bad Cannstatt.

Mlynář, Zdenek 1983: *Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock*. Köln.

Mlynář, Zdenek 1987: Der Ost-West-Konflikt als Strukturmuster in Europa und die Rolle des Sowjetblocks. In: *Ost-West-Konflikt - Wissen wir, wovon wir sprechen?*. Hrsg.: Christiane Rix. Baden-Baden, S. 201-235.

Mlynář, Zdenek 1988: *Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings*. Frankfurt.

Pelikán, Jiří 1977: Der Kampf um Menschenrechte. Osteuropa vor großen Veränderungen. Zur Einführung. In: *Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa*. Hrsg.: Jiri Pelikán, Manfred Wilke. Reinbek, S. 12-32.

Rittberger, Volker 1973: Politische Krisen und Entwicklungsprobleme. In: *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*. Hrsg.: Martin Jänicke. Opladen, S. 26-38.

Rittberger, Volker 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44, S. 3-12.

Rittberger, Volker 1988: *Konflikttransformation durch internationale Regime im Ost-West-Verhältnis. Grundlagen einer Entwicklungsperspektive der (friedlichen) Ko-Evolution*. Papier zum DVPW-Kongreß, Darmstadt, September 1988.

Rittberger, Volker; Werbik, Hans 1987: "Gemeinsame Sicherheit" im Ost-West-Konflikt? Polyzentrisches Sicherheitssystem und friedliche Ko-Evolution in Europa. In: *Europäische Sicherheit. Prinzipien, Perspektiven, Konzepte*. Hrsg.: Willibald P. Pahr, Volker Rittberger, Hans Werbik. Wien, S. 13-37.

Rittberger, Volker; Wolf, Klaus-Dieter 1988: *Problemfelder internationaler Beziehungen aus politologischer Sicht*. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung 5.

- Ropers, Norbert 1986: *Tourismus zwischen West und Ost. Ein Beitrag zum Frieden?*. Frankfurt, New York.
- Royen, Christoph 1986: *Gegenwärtige Alternativen der westlichen Politik gegenüber Osteuropa*. In: *Zwanzig Jahre Ostpolitik: Bilanz und Perspektiven*. Hrsg.: Horst Ehmke, Karlheinz Koppe, Herbert Wehner. Bonn, S. 337-355.
- Royen, Christoph 1988: *Osteuropa: Reformen und Wandel. Erfahrungen und Aussichten vor dem Hintergrund der sowjetischen Perestrojka*. Baden-Baden.
- Schirrmeister, Karl-Günter 1987: *Erziehung zum Haß. Geistige Militarisation in der DDR*. Stuttgart.
- Schmidhäuser, Ulrich 1987: *Vorurteile, Stereotype, Feindbilder*. In: *Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung*. Bd. 1: Grundlagen. Hrsg.: Jörg Calließ, Reinhold E. Lob. Düsseldorf, S. 358-363.
- Segbers, Klaus 1988: *Neue Elemente in der Sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik*. In: *SOWI* 17:2, S. 98-104.
- Segbers, Klaus 1989: *Der sowjetische Systemwandel*. Frankfurt.
- Senghaas, Dieter 1988: *Konfliktformationen im internationalen System*. Frankfurt.
- Shtromas, A. Y. 1979: *Dissent and Political Change in the Soviet Union*. In: *Studies in Comparative Communism* 12:2/3, S. 212-244.
- Skilling, H. Gordon 1970: *Group Conflict and Political Change*. In: *Change in Communist Systems*. Hrsg.: Chalmers Johnson. Stanford, S. 215-234.
- Snyder, Glenn; Diesing, Paul 1977: *Conflict Among Nations. Bargaining, Decision-Making, and System Structure in International Crises*. Princeton.
- Valenta, Jiri 1984: *The Soviet Union and East Central Europe: Crisis, Intervention, and Normalization*. In: *Communism in Eastern Europe*. Hrsg.: Teresa Rakowska-Harmstone. Bloomington, S. 329-359.
- Vilmar, Fritz 1975: *Gesamteuropäische Kommunikation. Friedenspolitische und friedenspädagogische Bedeutung produktiver Lernprozesse zwischen Ost und West*. In: *Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. Hrsg.: Manfred Funke. Bonn, S. 201-214.
- Vine, Richard D. (Hrsg.) 1987: *Soviet-East European Relations as a Problem for the West*. London etc..
- Walzer, Michael 1982: *Gibt es den gerechten Krieg?* Stuttgart.
- Wettig, Gerhard 1976: *Die Strategie der Annäherung und der Abgrenzung in der Westpolitik der UdSSR und der DDR*. In: *Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa*. Hrsg.: Gerda Zellentin. Boppard a.Rh., S. 293-370.
- Ziemer, Klaus 1987: *Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der "Ära Gierek"*. Frankfurt.
- Zimmerman, William 1986: *What Do Scholars Know about Soviet Foreign Policy?*. In: *Soviet Foreign Policy in a Changing World*. Hrsg.: Robbin F. Laird, Erik P. Hoffmann. New York, S. 84-98.
- Zürn, Michael 1987: *Gerechte internationale Regime. Bedingungen und Restriktionen der Entstehung nicht-hegemonialer internationaler Regime untersucht am Beispiel der Weltkommunikationsordnung*. Frankfurt.

TÜBINGER ARBEITSPAPIERE
ZUR INTERNATIONALEN POLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG

- Nr. 1 Mirek, H./Nielebock, Th./Rittberger, V.: Atomwaffenfreiheit - Instrument einer anderen Friedenspolitik. Zur sicherheitspolitischen Bedeutung von atomwaffenfreien Zonen und Denuklearisierungsstrategien, 1985; überarb. Fassung 1987.
- Nr. 2 Rittberger, V./Werbik, H.: "Gemeinsame Sicherheit" im Ost-West-Konflikt? - Polyzentrisches Sicherheitssystem und friedliche Ko-Evolution in Europa, 1986. (vergriffen)
- Nr. 3 Wolf, K.D./Zürn, M.: International Regimes und Theorien der internationalen Politik, 1986. (vergriffen)
- Nr. 4 Rittberger, V.: "Peace Structures" Through International Organizations and Regimes, 1986. (vergriffen)
- Nr. 5 Rittberger, V./Wolf, K.D.: Problemfelder internationaler Beziehungen aus politologischer Sicht, 1987; überarb. Fassung 1988.
- Nr. 6 Efinger, M.: Verifikation und Rüstungskontrolle. Kritische Bestandsaufnahme und Versuch einer theoretischen Bestimmung des Verifikationsproblems, 1987. (vergriffen)
- Nr. 7 List, M.: Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft, 1988.
- Nr. 8 Rittberger, V./Efinger, M./Mendler, M.: Confidence- and Security-Building Measures (CSBM): An Evolving East-West Security Regime?, 1988.
- Nr. 9 Zürn, M.: Geschäft und Sicherheit. Das CoCom-Regime und Theorien über Kooperation in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, 1989.
- Nr. 10 Schimmelfennig, F.: Interventionistische Friedenspolitik in den West-Ost-Beziehungen. Annäherung an eine Strategie zur Förderung von Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen in Osteuropa, 1989.
- Nr. 11 Rittberger, V./Zürn, M.: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations - Causes and Consequences of East-West Regimes, 1989.
-